



Flucht: Forschung und Transfer

State-of-Research Papier 10 | Juli 2017

Unterbringung von Flüchtlingen in deutschen Kommunen: Konfliktmediation und lokale Beteiligung

von Isabella Bauer

Institut für Migrationsforschung
und Interkulturelle Studien

IMIS

Institute for Migration Research
and Intercultural Studies

bicc Bonn
International Center
for Conversion \

Inhalt

Kurzzusammenfassung	1
1. Einleitung	2
1.1 Fokus der Studie	2
1.2 Vorgehen bei der Literaturrecherche	3
2. Konfliktkonstellationen und Interventionen im Kontext der Unterbringung von Flüchtlingen	4
2.1 Stand der Forschung	4
2.2 Unterbringungspraxis	6
2.2.1 Gemeinschaftsunterkünfte	7
2.2.2 Dezentrale Unterbringung in Wohnungen	8
2.2.3 Experimentelle Formen der Unterbringung	9
2.3 Konflikte in und um Flüchtlingsunterkünfte/n und deren Bearbeitung	9
2.3.1 Konflikte innerhalb von Flüchtlingsunterkünften	9
2.3.2 Bearbeitung von Konflikten in Flüchtlingsunterkünften	11
2.3.3 Konflikte um die Unterbringung von Flüchtlingen	12
2.3.4 Bearbeitung von Konflikten um die Unterbringung von Flüchtlingen	13
2.3.5 Stadtteilarbeit und Integrationsarbeit als Konfliktpräventionsstrategie	19
3. Forschungslücken und Perspektiven weiterer Forschung	20
3.1 Forschungslücken	20
3.2 Perspektiven weiterer Forschung	21
4. Fazit	22
5. Literatur	23
Glossar	30
Abkürzungsverzeichnis	32

Kurzzusammenfassung

Der vorliegende Bericht gibt einen Überblick über den Forschungsstand zu Konflikten und ihrer Bearbeitung im Kontext der Unterbringung Geflüchteter in deutschen Kommunen. Dabei werden wissenschaftliche Studien, Dokumente der Praxisbeobachtung und Literatur sozialer Bewegungen hinsichtlich ihrer Fragestellungen und Ergebnissen zu Konfliktkonstellationen und Bearbeitungsansätzen auf mikrosozialer Ebene analysiert.

In der Forschung zu Konflikten innerhalb von Gemeinschaftsunterkünften werden sowohl strukturelle Konflikte als auch persönliche Konflikte beschrieben. Zentrale Akteure sind neben den Geflüchteten selbst, Betreiber der Unterkünfte, Sozialarbeiter_innen, Ehrenamtliche und Anwohner_innen. Als relevant für Konflikthäufigkeit und Intensität innerhalb von Unterkünften werden sowohl unterschiedliche persönliche Vorstellungen in Bereichen wie Hygiene, Geschlechterrollen oder Religion gesehen als auch strukturelle Faktoren wie Belegungsdichte, Betreuungsangebot und Wohnqualität. Die in der vorliegenden Literatur geschilderten Präventions- und Bearbeitungsvorschläge reichen von der Verbesserung dieser strukturellen Rahmenbedingungen über Gewaltpräventionskonzepte bis zur Mediation in Konflikten.

Was Umfang und Tiefe des analytischen Zugriffs anbelangt ist die Literatur, die sich mit Konflikten im direkten Umfeld von Gemeinschaftsunterkünften befasst breiter gefächert. Es gibt sowohl übergreifende Studien als auch eine Reihe von Fallstudien, welche die Dynamiken in spezifischen Orten beschreiben. Die Veröffentlichungen haben unterschiedliche Bezugspunkte, die teils aus Konzepten der Konflikttransformation, der Antirassismuserbeit oder der Forschung im Themenfeld Integration stammen. Beschrieben werden unterschiedliche Konfliktkonstellationen, die teils ineinandergreifen: Angriffe auf Gemeinschaftsunterkünfte, Konflikte zwischen verschiedenen Bürgergruppen sowie zwischen Kommunalverwaltung und Bürger_innen, insbesondere Anwohner_innen. Zudem geben Beiträge aus den Bereichen der Stadtentwicklung, Sozialpsychologie, Kriminologie und Geographie weiteren Aufschluss über lokale Dynamiken im Kontext der Unterbringung von Geflüchteten.

Die in diesem Bericht zusammengefassten Ergebnisse bilden einen Ausgangspunkt weiterer Forschung. Es wird deutlich, dass ein Gesamtüberblick über die sozialen Mikrodynamiken im Zusammenhang der Unterbringung Geflüchteter noch nicht vorhanden ist. Umfassende und langfristig angelegte quantitative und qualitative Forschung ist notwendig, um grundlegende Erkenntnisse über Konfliktkonstellationen, lokale Dynamiken und die Reichweite kommunikationsbasierter Interventionen treffen zu können.

zur Autorin

Isabella Bauer arbeitet und publiziert seit vielen Jahren zu Themen der zivilen Konfliktbearbeitung. Im Rahmen ihrer Tätigkeit im In- und Ausland beschäftigt sie sich vor allem mit lokalen Konfliktodynamiken und vermittelnden Interventionen. Sie ist Friedenswissenschaftlerin und freiberuflich als Beraterin, Dozentin und Mediatorin tätig.

1. Einleitung

Vor allem 2015 und 2016 erlebte die Bundesrepublik Deutschland eine starke Zuwanderung von Schutzsuchenden. Der größte Teil von ihnen kam aus den von Kriegen zerrütteten Staaten Syrien, Irak und Afghanistan (BAMF 2016a). Dieser Zuzug wurde zeitweise zum dominierenden politischen und gesellschaftlichen Thema¹. Konflikte um den Umgang mit Geflüchteten blieben nicht aus. In der Bevölkerung gab es auf der einen Seite große Unterstützung für die Aufnahme der Flüchtlinge. Auf der anderen Seite stieg die Zahl von Übergriffen auf Flüchtlingsunterkünften an (BMJV 2015; Plankl et al. 2016). An vielen Orten entwickelte sich die Zuwanderung zu einer zentralen kommunalpolitischen Herausforderung.

Kristallisationspunkt der Auseinandersetzungen vor Ort war häufig die Unterbringung von Geflüchteten. Für die Bevölkerung vor Ort stellt die Unterbringung von Flüchtlingen – insbesondere in Gemeinschaftsunterkünften – eine sichtbare Veränderung ihres Lebensumfeldes dar. Auf kommunaler Ebene werden die Herausforderungen und Sichtweisen im Zusammenhang mit der Unterbringung von Geflüchteten konkret verhandelt und Konzepte des Flüchtlingsmanagements umgesetzt.

In diesem Kontext gibt der vorliegende Bericht einen Überblick über die aktuelle wissenschaftliche Literatur zu Konfliktkonstellationen im Zusammenhang mit der Unterbringung von Flüchtlingen. Vor dem Hintergrund von Konzepten der Bürgerbeteiligung wird dabei analysiert, welche Rolle Information, Partizipation und Konfliktmediation im kommunalen Kontext spielen.

1.1 Fokus der Studie

Die zentralen Fragestellungen, nach denen die aktuelle Literatur analysiert wurde, sind:

- *Welche Konfliktkonstellationen gibt es in und um Flüchtlingsunterkünften/n auf kommunaler Ebene?*
- *Was tun kommunale Akteure, um Gewalt zu verhindern, Konflikte zu bearbeiten und Aushandlungsprozesse zu beeinflussen?*

Die Studie ist in zwei Teile untergliedert: Im Anschluss an einen einleitenden Teil zur Unterbringungspraxis wird im ersten Teil die aktuelle Literatur über Konfliktkonstellationen innerhalb von Flüchtlingsunterkünften und im Zusammenhang mit den lokalen Reaktionen auf die Unterbringung von Geflüchteten ausgewertet. Zudem werden die in der Literatur dargestellten Interventionen und Strategien der kommunalen Gewaltprävention und Konfliktbearbeitung zusammengefasst. Der zweite Teil benennt Forschungslücken und zeigt Perspektiven weiterer Forschung auf. Zentrale Begriffe finden sich im Glossar.

1 Laut Politbarometer der Forschungsgruppe Wahlen wird das Themenfeld „Ausländer / Integration / Flüchtlinge“ seit Herbst 2014 bis heute von der Mehrzahl der Befragten als das „wichtigste Problem in Deutschland“ empfunden. Im Oktober/November 2015 sahen sogar knapp 90% der Befragten dies so. http://www.forschungsgruppe.de/Umfragen/Politbarometer/Langzeitentwicklung_-_Themen_im_Ueberblick/Politik_II/9_Probleme_1.pdf, 17.05.2017.

Der Bericht fokussiert mikrosoziale Konflikte im Kontext der Unterbringung von Geflüchteten. Internationales Flüchtlingsrecht, die Flüchtlingspolitik Europas sowie Vorgaben des Bundes und der Länder werden somit ausschließlich hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf Konfliktdynamiken in den Kommunen beschrieben. Vor allem sozialpsychologische Aspekte und lokale Gruppenprozesse stehen im Vordergrund der Literaturanalyse.

1.2 Vorgehen bei der Literaturrecherche

Bei der Literatúrauswahl wurde ein breiter Zugang gewählt, der übergreifende wissenschaftliche Studien, Einzelaufsätze sowie Dokumente der Praxisbeobachtung, Literatur zu sozialen Bewegungen und Internetforen umfasst. Der hohe Anteil institutionell angebundener Forschung, grauer Literatur und an Dokumenten der Praxisbeobachtung ist in erster Linie dadurch bedingt, dass Konflikte in und um Unterkünfte erst mit der Zuwanderung 2015/2016 breite Aufmerksamkeit als empirisches Forschungsthema erfahren haben. In diesem Zusammenhang wurde viel praxisbezogene Forschung erstellt.

Die Recherche umfasste fünf verschiedene Zugänge. Berücksichtigt wurden Dokumente der letzten zehn Jahre. Der Schwerpunkt lag dabei auf den letzten drei Jahren.

1. *Recherche in Datenbanken:* Zunächst wurden die Publikationen verschiedener Forschungsinstitutionen im Bereich der Migrations-, Flucht- und Flüchtlingsforschung sowie der Friedenswissenschaften durchsucht, u.a. IMIS, efms, Berghof Foundation, DESI, BICC, PRIO. Darüber hinaus sind übergreifende transdisziplinäre Datenbanken, wie die des Leibniz-Institutes, google scholar und die Kataloge verschiedener deutscher Universitätsbibliotheken berücksichtigt worden. Statistische Angaben und Informationen zu Programmen des Bundes konnten in Datenbanken der entsprechenden Behörden recherchiert werden, u.a. BAMF, BMBF und BMVBS.

2. *Recherche in den Publikationen von Stiftungen, NROs und von Wohlfahrtsverbänden:* Auf den Internetseiten verschiedener Stiftungen (u.a. Böll, FES, Amadeu Antonio-Stiftung) von NRO (u.a. AFZ, Pro Asyl, ForumZFD), den politischen Vertretungen von Geflüchteten (Flüchtlingsrat) und Wohlfahrtsverbänden (u.a. AWO, Caritas) wurde gezielt nach Informationen gesucht und sowohl Studien als auch Praxisberichte ausgewertet.

3. *Kollegialer Austausch mit Fachkolleg_innen:* Durch den Austausch mit Fachkolleg_innen konnten verschiedene veröffentlichte und (noch) nicht veröffentlichte Dokumente in die Auswertung einbezogen werden.

4. *Recherche nach Dokumentationen fachlich relevanter Konferenzen und Workshops.*

5. *Analyse der Literaturlisten für den Bericht zentraler Publikationen:* (u.a. Aumüller et al. 2015; Brückner et al. 2016; Cremer 2014; Dymarz et al. 2016; Gesemann/Roth 2016; Johansson 2016; Scherr 2017).

2. Konfliktkonstellationen und Interventionen im Kontext der Unterbringungen von Flüchtlingen

Im Anschluss an die Darstellung des Forschungsstandes werden zunächst die Rahmenbedingungen der Unterbringung dargestellt und konfliktrelevante Aspekte benannt. Nachfolgend werden Konfliktkonstellationen in und um Flüchtlingsunterkünften zusammengefasst und Interventionen bzw. präventive Maßnahmen dargestellt. Schließlich werden Ansätze und Strukturen der Kommunen zur Prävention und zur Bearbeitung von Konflikten umrissen. Die Analyse von Konflikten zwischen Flüchtlingen und Behörden um das Asylverfahren sowie Sozialleistungen sind nicht Gegenstand dieser Studie.

2.1 Stand der Forschung

Insgesamt lassen sich wenige explizit friedenswissenschaftliche Untersuchungen zu mikrosozialen Konflikten bei der Unterbringung von Flüchtlingen finden. Jedoch gibt es eine Reihe von Beiträgen, die Konfliktkonstellationen sowie Maßnahmen der Gewaltprävention und Konfliktbearbeitung aus unterschiedlichen Blickwinkeln beschreiben.

Konflikte und ihre Bearbeitung *innerhalb von Gemeinschaftsunterkünften* werden am detailliertesten in den Studien von Langenbach (2015) und FaZiT (2016) untersucht, wobei letztere Studie sich ausschließlich mit gewaltförmigen Konflikten befasst. Die Studie von Christ et al. (2017a), in der die Situation in Gemeinschaftsunterkünften in Nordrhein-Westfalen untersucht wird, kommt zu dem Ergebnis, dass Alltagskonflikte vorwiegend strukturell bedingt sind. Hofmann und Scherr (2017) analysieren zudem exemplarisch die Situation in einer Erstaufnahmeeinrichtung. Im Zentrum der Forschung von Muy (2016) stehen Interessenkonflikte in Berliner Flüchtlingsunterkünften aus der Perspektive der Sozialarbeiter_innen. Weitere entscheidende Aspekte finden sich beim Flüchtlingsrat NRW (2013), in dessen Bericht zu Ausstattung und Rahmenbedingungen der Unterkünfte auch Kurzinterviews mit Bewohner_innen einen Einblick in deren Bewertung der Lebenssituation in Gemeinschaftsunterkünften geben. Engler (2016) verweist vor dem Hintergrund eines Überblicks über die Entwicklung des Asylverfahrens auf den generellen Stress, den Menschen in Gemeinschaftsunterkünften ausgesetzt sind. Aumüller et al. (2015), Cremer (2014) und Täubig (2003) untersuchen typische Alltagskonflikte. Aumüller (2009) erwähnt zudem unterschiedliche Aufenthaltstitel als Ausgangspunkt für Konflikte der Bewohner_innen untereinander. Behrensen und Groß (2004) bewerten vor allem gesundheitliche Aspekte und betonen dabei unter anderem die Bedeutung eines selbstbestimmten Lebens von Asylbewerber_innen. Johansson (2016) sowie Johansson und Schiefer (2016) geben einen aktuellen Literaturüberblick zur Praxis der Unterbringung von Flüchtlingen in Deutschland. Die Befragung von Flüchtlingen durch Brücker et al. (2016) gibt schließlich einen Einblick, welche Aspekte der Unterbringung Flüchtlinge selbst als problematisch und konflikthaft ansehen.

Darüber hinaus beschreiben eine Reihe von Onlinepublikationen Erfahrungen und erfolgreiche Ansätze aus der Praxis, die teils von den Kommunen selbst und teils von zivilgesellschaftlichen Netzwerken getragen werden, u.a. Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGST 2016) und Grünes Netzwerk Mediation (2016).

Zu den *örtlichen Aushandlungsprozessen* im Zusammenhang mit der Unterbringung von Flüchtlingen gibt es eine Reihe ausführlicher Fallstudien und allgemeinerer Abhandlungen mit unterschiedlichen theoretischen Bezugspunkten: Im Bereich der

Praxisbeobachtung geben vor allem die Publikationen des Sozialpädagogischen Instituts Gütersloh (SPI 2014) und der Amadeu Antonio-Stiftung (2014) einen detaillierten Einblick in lokale Konfliktstrukturen aus der Perspektive der Antirassismusbearbeitung. Vorschläge zur Gewaltprävention und Konfliktbearbeitung finden sich weiterhin bei der Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus (BAG K+R et al. 2014), dem Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV 2015) und dem Anne Frank-Zentrum (AFZ 2015). Biesenkamp und Daphi (2015) bieten verschiedene ausführlicher Fallbeispiele aus unterschiedlichen Regionen Deutschlands mit migrationswissenschaftlichem Fokus. Im Mittelpunkt der Fallbeispiele bei Klein (2016) steht vor allem der lokale Diskurs um die Unterbringung von Flüchtlingen. Weitere wichtige Aspekte zu akzeptanzfördernden Rahmenbedingungen der Aufnahme von Geflüchteten, wie lokale Informationspolitik und Netzwerke, finden sich bei Bohn und Aliche (2006) sowie Dymarz et al. (2016). Lemmer und Wagner (2015) und Mohn (2015) untersuchen aus dem Blickwinkel der Vorurteilsforschung, welche Auswirkungen direkter Kontakt zwischen Einheimischen und Geflüchteten auf die Einstellung zueinander hat. Auf die sogenannte Kontakthypothese nimmt auch Scherr (2017) Bezug, indem er eine systematische Ausgrenzung von Geflüchteten ohne Bleibeperspektive in Deutschland attestiert. Die Auswirkung der Fluchtbewegungen 2014/15 in Deutschland auf die Bereiche Arbeitsmarkt, Kriminalität und Wahlverhalten untersuchen Gehritz und Ungerer (2017) im Abgleich mit anderen Einwanderungskontexten in Europa. Weitere strukturell verankerte Maßnahmen der Gewaltprävention und Konfliktbearbeitung in den Kommunen werden schließlich bei Aumüller und Gesemann (2014) und Dymarz et al. (2016) im Kontext von Quartiersmanagement beschrieben.

Die Bedeutung lokaler *Unterstützungsinitiativen und Netzwerke* wird sehr breit in der untersuchten Literatur aufgegriffen. In den Publikationen von Biesenkamp und Daphi (2015), der Stiftung SPI (2014), der Amadeu Antonio-Stiftung (2014) und bei Klein (2016) finden sich Beschreibungen der Wirkungsweise von lokalen Netzwerken aus Bürgergruppen und Kommunalverwaltung, die anhand konkreter Fallbeispiele erläutert werden. Auch im Beitrag von Gesemann et al. (2012) sowie in der Umfrage zur kommunalen Flüchtlings- und Integrationspolitik von Gesemann und Roth (2016) wird die Bedeutung kommunaler Unterstützungsnetzwerke hervorgehoben. Zudem findet sich auf der Webseite der KGST ein Forum mit einer Vielzahl von kommunalen Best Practice-Beispielen zu den Themen Wohnen, Kommunikation und Kooperation mit ehrenamtlich Engagierten. Im Fokus des Beitrags von Karakayali (2016) steht vor allem die Kooperation zwischen Behörden und Ehrenamtlichen. Bei Schammann und Kühn (2016) findet sich eine Analyse der im Zuge des Flüchtlingsmanagements neu entstandenen Kooperationsstrukturen und Netzwerke innerhalb und zwischen Behörden. Aus dem Blickwinkel lokaler Migrationsregime beschreiben Hinger, Schäfer und Pott (2016) und Hinger (2016) zudem die Bedeutung der komplexen Wechselwirkungen zwischen lokalen Akteurskonstellationen und -dynamiken.

Insgesamt ist die Literatur stark von Vorannahmen geprägt. So sind zentrale Begriffe wie „Zivilgesellschaft“ normativ geprägt und bezeichnen vor allem die zivilgesellschaftlichen Gruppen, die sich für Demokratie und Menschenrechte engagieren. Auch der Begriff der Intervention wird vor allem in Bezug auf Dialog fördernde, deeskalierende Aktionen angewendet. Insbesondere in der Literatur von Aktionsgruppen und sozialen Bewegungen ist Problemdeutung und Mobilisierung von Engagement im eigenen Feld eng miteinander verbunden. Auffallend ist darüber hinaus, dass die Sichtweisen von Geflüchteten in der gesamten Literatur stark unterrepräsentiert sind.

2.2 Unterbringungspraxis

Mit der Ankunft in Deutschland durchlaufen Geflüchtete komplexe administrative Abläufe. Die Bedeutung des abrupten Wandels von einem relativ selbstständigen und mobilen Leben während der Flucht zu einem Leben, das von administrativen Vorgaben des Asylsystems geprägt ist, wird in der Literatur explizit hervorgehoben. Geflüchtete sind nach der Ankunft und Registrierung in Deutschland in ihrer Autonomie und Mobilität stark eingeschränkt und müssen auf Entscheidungen unterschiedlicher Verwaltungen warten (Muy 2016: 157; Hofmann/Scherr 2017: 1). Achhammer und Herbst (2014) finden dabei die schärfste Formulierung, wenn sie die Asylbürokratie in Anlehnung an Täubig (2009) und Goffmann (1973) als „totale Institution“ begreifen. Sie beleuchten dabei besonders die Kontrolle aller Lebensbereiche und die systematische soziale Ausgrenzung durch das Verfahren. Ein „selbstbestimmtes Leben“ werde so unmöglich gemacht (Achhammer/Herbst 2014: 220f).

Mit der Ankunft in Deutschland wird allen Geflüchteten ein Aufenthaltsort zugewiesen. Dabei werden in der Literatur vier Unterbringungsarten unterschieden: Für die Dauer des Asylverfahrens ist zunächst der Aufenthalt in (1) (Erst-)Aufnahmeeinrichtungen der Länder verpflichtend, die meist in örtlicher Nähe der zuständigen BAMF-Zweigstelle liegen. Dieser Aufenthalt ist Teil des „integrierten Flüchtlingsmanagements“ (BAMF 2016a oder b) und dauert zwischen sechs Wochen und sechs Monaten (§47 AsylG). Im Anschluss werden diejenigen Flüchtlinge, die einen Aufenthaltstitel erhalten in (2) kommunalen Gemeinschaftsunterkünften oder dezentral in (3) Einzelwohnungen untergebracht. Darüber hinaus existieren (4) spezielle Unterbringungsmöglichkeiten wie Wohngruppen für besonders schutzbedürftige Personen, zum Beispiel traumatisierte Menschen oder unbegleitete Minderjährige (Müller 2013: 12f).

Während der Aufenthalt in Erstaufnahmeeinrichtungen weitgehend bundesrechtlich geregelt ist, erfolgt die Anschlussunterbringung auf Grundlage länderspezifischer Regelungen. Hinsichtlich der Mindeststandards in Flüchtlingsunterkünften gibt es im Asylverfahrensgesetz keine bundesweite Regelung. Die Herangehensweisen der Bundesländer in Bezug auf Aufnahmestandards, Wohnfläche, Betreuungsrelationen sowie Vorgaben bezüglich Lage, Infrastruktur der Einrichtungen sowie der Qualifikation des Betreuungspersonals variieren enorm (Flüchtlingsrat 2013: 1; Cremer 2014: 6; Johansson 2016: 31f). Mit der konkreten Durchführung der Unterbringung und Versorgung der Geflüchteten werden die Kommunen betraut, die hierfür finanzielle Kompensationen von den jeweiligen Bundesländern erhalten (Aumüller et al. 2015: 21).

Zahlreiche Städte und Landkreise haben eigene Konzepte der Wohnunterbringung von Asylsuchenden entwickelt. Zugrunde liegt in der Regel ein konsensualer Beschluss des Kommunalparlamentes mit einer breiten Einbindung von Akteuren, die mit der Aufnahme von Flüchtlingen in den Kommunen befasst sind. Beispiel hierfür sind unter anderem die 2004 vom Rat der Stadt Köln verabschiedeten Leitlinien zur Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen, auf deren Grundlage ein Dreistufenmodell entwickelt wurde, das eine deutschlandweite Vorbildfunktion einnahm:

- Erstunterbringung in städtischen Erstaufnahmeeinrichtungen (Orientierungsphase von drei Monaten);
- Unterbringung in Wohnheimen mit 50 bis 80 Personen (Integrationsphase I mit psychosozialer Betreuung, Sprachkursen und Informationen über Normen, Werte und Formen der Konfliktbewältigung in der deutschen Gesellschaft);
- nach spätestens 36 Monaten Umzug in eine Wohnung (Integrationsphase II).

Ähnliche Stufenmodelle wurden in einer Vielzahl anderer Orte entwickelt, zum Beispiel in Leipzig, Osnabrück und im Main-Kinzig-Kreis (Aumüller et al. 2015: 49-60). Solche idealtypischen Modelle der Unterbringung gerieten allerdings in den Jahren des höchsten Zuzuges 2015/2016 auch rasch an die Grenzen der Umsetzbarkeit.

2.2.1 Gemeinschaftsunterkünfte

Die Unterbringungsbedingungen in Gemeinschaftsunterkünften sowie deren Auswirkung auf Bewohner_innen und das lokale Umfeld sind Gegenstand einer Reihe neuerer Studien (Täubig 2003, 2009; Behrens/Groß 2004; Aumüller /Bretl 2008; Aumüller et al. 2015; Flüchtlingsrat 2015; Brücker et al. 2016; Hofmann/Scherr 2017; Christ et al. 2017a). Dabei ist zwischen Erstaufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünften in kommunaler Verantwortung der Länder zu unterscheiden. Das Statistische Bundesamt (DESTATIS 2016) zählte zum 31. Dezember 2015 insgesamt 974.551 Menschen in Deutschland, die von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz abhängig waren. Davon lebten 182.254 Personen in (Erst-)Aufnahmeeinrichtungen der Länder, 416.689 in kommunalen Gemeinschaftsunterkünften und 375.608 in Wohnungen (DESTATIS 2016).

Diverse Studien zeigen, dass die Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften grundsätzlich mit einigen konfliktverstärkenden Aspekten verbunden ist (Täubig 2009: 196; Flüchtlingsrat NRW 2013: 5-11; Aumüller et al. 2015: 9; Johansson 2016: 32; Christ et al. 2017a: 21-36):

- Die Unterkünfte sind oft in einem schlechten baulichen Zustand (Baracken, Container) und liegen oft in marginalen Lagen fernab städtischer Zentren,
- Menschen unterschiedlicher Herkunft leben auf engem Raum zusammen (4 bis 9 qm pro Person werden veranschlagt) und müssen häufig Küche und Sanitäreinrichtungen teilen,
- Die Unterbringung erfolgt in Mehrbettzimmern; die Privatsphäre ist extrem eingeschränkt und
- Kommunikation mit der einheimischen Bevölkerung findet aufgrund der wohnlichen Separation oft nicht statt.

Weitere Studien weisen auf folgende problematische strukturelle Faktoren in Erstaufnahmeeinrichtungen hin (Janke 2016; Hofmann/Scherr 2017: 4f; Christ et al. 2017a: 14ff):

- Unsicherheit der Zukunftsperspektive,
- rechtliche Einteilung in unterschiedliche Kategorien (Flüchtlinge mit Bleibeperspektive und Migranten aus sogenannten sicheren Herkunftsstaaten),
- kein Anspruch auf Teilnahme an Sprach- und Integrationskursen,
- Das Recht auf schulische Bildung wird nur für bestimmte Kinder (mit Bleibeperspektive) und je nach Bundesland von Beginn an, nach drei oder erst nach sechs Monaten verwirklicht und
- unzureichende Kapazitäten bei der Sozial- und Verfahrensberatung.

Für den Betrieb von Gemeinschaftsunterkünften werden sowohl kommunale, gemeinnützige als auch private Betreibende eingesetzt. Bei privaten Firmen als Betreibenden ergeben sich grundsätzlich mehrere Konfliktfelder (Aumüller et al. 2015: 49f; Muy 2016: 159ff; Christ et al. 2017a: 34–37):

- Die Kommunen haben über das Baugenehmigungsverfahren hinaus keinen Einfluss darauf, wie die Einrichtung belegt und betrieben wird. Bei konflikthafter Entwicklungen – etwa wenn es zu Widerständen in der örtlichen Bevölkerung kommt – sind sie jedoch für das Konfliktmanagement zuständig.
- Die kommunalen Behörden können nicht beeinflussen, welches Betreuungspersonal in den Unterkünften eingesetzt wird und wie es qualifiziert sein muss.
- Die Betreibenden sind berechtigt, Hausverbote für Bewohner_innen und Besucher_innen auszusprechen.

2.2.2 Dezentrale Unterbringung in Wohnungen

In Bezug auf die Lebensumstände von Flüchtlingen in individuellen Wohnungen ist bisher in der Forschung nur wenig bekannt (Butterwegge 2010: 189f; Johansson/Schiefer 2016: 81); nur vereinzelte empirische Hinweise liegen vor (Feldhoff/Kleineberg/Knopf 1991; Aumüller/Bretl 2008). Trotzdem wird die dezentrale Unterbringung in Wohnungen in der Literatur einhellig als unter humanitären und finanziellen Kriterien zu bevorzugende Unterbringungsart behandelt. Für sie spricht die bessere Integration in die lokale Umgebung sowie die leichtere Berücksichtigung der individuellen Bedürfnisse der Flüchtlinge. Sie begünstigt zudem, dass ehrenamtliche Helfer in Kontakt mit den Flüchtlingen kommen. Auch die Bereitstellung kommunaler Angebote, wie Kindergärten, Schulen und Jugendfreizeiteinrichtungen, gestaltet sich einfacher (Cremer 2014: 8; Aumüller et al. 2015: 38). Die Befragungen von Aumüller und Bretl (2008: 33, 58, 60, 91) zeigen zudem, dass Umzüge aus Gemeinschaftsunterkünften in eigene Wohnungen immer mit einem gesteigerten Wohlbefinden der Flüchtlinge einhergingen. Allerdings berichten Flüchtlinge teilweise auch mit Blick auf Wohnungen von schlechten Wohnverhältnissen und zudem von langwierigen Wohnungssuchen (Behrensen/Groß 2004: 53f; Bretl/Kraft 2008: 60; Brücker et al. 2016: 88).

Der angespannte Wohnungsmarkt, insbesondere in Großstädten und Ballungsgebieten, wird in der Literatur als höchst problematisch beschrieben. Flüchtlinge konkurrieren hier mit einer Vielzahl anderer Gruppen um günstigen Wohnraum. Häufig erfolgt der

Umzug in eine Wohnung daher erst nach Jahren. Im ländlichen Raum dagegen werden Asylsuchende oft schnell oder sogar von Beginn an in Wohnungen untergebracht (Feldhoff et al. 1991: 88; Bretl/Kraft 2008: 60; Aumüller et al. 2015: 49–60).

2.2.3 Experimentelle Formen der Unterbringung

In immer mehr Kommunen entstehen Initiativen für ein gemeinsames Wohnen und Arbeiten von ortsansässigen und asylsuchenden Menschen. Das prominenteste Beispiel ist das Grandhotel Cosmopolis in Augsburg, das sich in Anlehnung an den Kunstbegriff von Joseph Beuys als „soziale Plastik“ versteht. Weitere Beispiele sind das von der Caritas betriebene Social Business „Magdas Hotel“ in Wien sowie das „Sharehaus Refugio“ und das Projekt „Cucula“ in Berlin¹. Allen Initiativen gemein ist, dass Ansässige und Flüchtlinge gemeinsam den Lebens- und Arbeitsalltag gestalten und damit aufenthalts- und staatsbürgerliche Differenzierungen im Sinne einer „urban citizenship“ relativieren. Theoretisch wird diese Tendenz unter anderem von Lanz (2016) reflektiert, der am Beispiel Berlins eher grundlegende Überlegungen anstellt, welche Akteurskonstellationen eine Repolitisierung der Stadt vorantreiben könnten. Ziel ist dabei eine „urbane Gesellschaft, deren Selbstverständnis auf der Akzeptanz, Selbstbestimmung und Gleichstellung“ aller besteht (Lanz 2016: 43). Auch Hess und Lebhun (2014) thematisieren neu entstehende Akteurskonstellationen im urbanen Raum. Papadopoulos und Tsianos (2013) erörtern die Bedeutung des Konzeptes der Stadtbürgerschaft hinsichtlich der (beschränkten) Mobilität von Migrant_innen.

2.3 Konflikte in und um Flüchtlingsunterkünfte/n und deren Bearbeitung

In den folgenden Abschnitten wird die Literatur zu Bedingungen in Gemeinschaftsunterkünften sowie zu lokalen sozialen Prozessen im Umfeld von Flüchtlingsunterkünften hinsichtlich der beschriebenen Konfliktkonstellationen ausgewertet und auf die Versuche ihrer Bearbeitung verwiesen.

2.3.1 Konflikte innerhalb von Flüchtlingsunterkünften

In der Literatur werden verschiedene Konstellationen von Konflikten innerhalb von Unterkünften beschrieben. Allerdings bewegen sich alle Untersuchungen auf der Ebene der Aufzählung von Konfliktfeldern in ausgewählten Unterkünften. Eine umfassende quantitative Untersuchung gibt es bisher ebenso wenig, wie eine detaillierte Fallbeschreibung einzelner Konflikte und ihrer Bearbeitung. Zudem ist die Sichtweise der Bewohner_innen selbst in der Literatur stark unterrepräsentiert.

Am häufigsten werden *Konflikte zwischen Bewohner_innen der Unterkünfte* in der analysierten Literatur geschildert, die sich aus dem Zusammenleben von Menschen unterschiedlichen Alters und mit unterschiedlichen kulturellen oder religiösen Hintergründen ergeben. Verschiedene Lebens- und Ernährungsweisen, unterschiedliche Hygienestandards, Tagesabläufe und Umgangsformen sowie das Zusammenleben auf engstem Raum führen zu Konflikten (Täubig 2003: 61; 2009; Behrensen/Groß 2004: 44; Aumüller 2009: 120; Flüchtlingsrat NRW 2013: 32; Aumüller et al. 2015: 35; Langenbach 2015: 5; Engler 2016: 23; FaZit 2016: 3; Brückner et al. 2016: 88; Johansson/Schiefer 2016:

¹ <http://grandhotel-cosmopolis.org>; <https://www.magdas-hotel.at/>; <https://sharehaus.net>; <https://www.cucula.org>

80; Christ et al. 2017a: 21–36). Demnach gibt es einen direkten Zusammenhang zwischen der Belegungsdichte und gewaltförmigen Konflikten (FaZit 2016: 4). Neben Alltagskonflikten, die sich an Themen wie Ernährung und Hygiene entzünden, werden in der Literatur eine Reihe weiterer Ausgangspunkte für Konflikte aufgeführt. Mehrfach wird die mangelnde Sicherheit für und häusliche Gewalt gegenüber Frauen und Kindern beschrieben (Cremer 2014: 7; Aumüller et al. 2015: 36; FaZit 2016: 18; Brücker et al. 2016: 88; Hofmann/Scherr 2017: 7; Christ et al. 2017a: 31–34). Diese Konflikte werden zum Teil auch als Wertekonflikte im Zusammenhang mit der islamischen Religion eingeordnet (Langenbach 2015: 6; FaZit 2016: 4; Brücker et al. 2016: 88). Männliche Flüchtlinge, die sich im Prozess einer religiösen Radikalisierung befinden, werden in einer Studie als eine „besonders schlimme und brutale Quelle“ der Gewalt gegenüber Frauen dargestellt (FaZit 2016: 5, 17). Der Konsum von Alkohol und Drogen wird zum einen im Kontext der Übergriffe auf Frauen und zum anderen im Zusammenhang mit religiösen Vorstellungen problematisiert (Langenbach 2015: 6; FaZit 2016: 17). Hofmann und Scherr beschreiben zudem mangelnde Schutzkonzepte für sexuelle Minderheiten (Hofmann/Scherr 2017: 7). Konflikte zwischen Unterkunftsbewohnern können auch daraus resultieren, dass Gruppen mit unterschiedlichem Aufenthaltsstatus und daraus resultierenden unterschiedlichen rechtlichen Ansprüchen zusammenleben (Aumüller 2009: 89). Nur einer der Berichte befasst sich explizit mit der Form der Austragung der Konflikte und fokussiert dabei gewaltförmige Konflikte in Gemeinschaftsunterkünften. Er kommt zu dem Schluss, dass ausschließlich Männer, meist junge Männer, als Gewaltakteure aktiv werden (FaZit 2016: 3). Dabei reichen die gewaltförmigen Handlungen von die persönlichen Grenzen überschreitendem Verhalten, Bedrohungen und Beleidigungen über Sachbeschädigung bis hin zu Prügeleien und in wenigen Fällen Angriffen mit Stichwaffen und Reizgas (FaZit 2016:15).

Als weiteres Konfliktfeld werden *Konflikte zwischen haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiter_innen in den Unterkünften* genannt. Diese können unterschiedliche Personenkonstellationen betreffen. So werden unterschiedliche Rollenverständnisse und Fragen der Zuständigkeit zwischen haupt- und ehrenamtlich Engagierten im Bereich Beratung und Betreuung genannt (Langenbach 2015: 6). Die Betreiber von Flüchtlingsunterkünften können generelle Hausverbote für Besucher_innen aussprechen, was in einem Fall in Berlin dazu führte, dass auch ehrenamtlichen Helfern der Zugang zur Einrichtung verweigert wurde. Dies geschah im Kontext einer aufgeheizten Auseinandersetzung zwischen Gegner_innen und Unterstützer_innen einer großen Gemeinschaftsunterkunft (Aumüller et al. 2015: 49f).

Konflikte zwischen Bewohner_innen der Unterkunft, Betreibern und Auftragnehmer_innen werden bezogen auf unterschiedliche Gegenstände beschrieben. Zum einen ist auch hier das Thema Hygiene und Ordnung relevant. So werden Probleme bei der Müllsammlung, -trennung und -entsorgung geschildert. Schwierigkeiten, wie herum liegender Müll oder überquellende Müllcontainer, haben in einigen Unterkünften in Rheinland-Pfalz dazu geführt, dass Reinigungsfirmen die Grundreinigung verweigerten (Langenbach 2015: 5). Obwohl in den Medien eine Reihe von Übergriffen von Wachpersonal auf Flüchtlinge – und umgekehrt – beschrieben werden, greift nur eine Studie den Skandal auf, zu dem es 2014 in einer großen Gemeinschaftsunterkunft in Burbach in NRW kam, als Wachpersonal mit teils rechtsextremem Hintergrund Heimbewohner misshandelte (Aumüller et al. 2015: 49f). Die Politik in NRW reagierte auf diesen Vorfall und generell auf die vermehrten Übergriffe gegenüber Schutzsuchenden mit veränderten Regelungen zur Aufnahme und Unterbringung in Landeseinrichtungen sowie einem Landesgewaltschutzkonzept für Flüchtlingsunterkünfte (Hofmann/Scherr 2017: 11). Im

Zentrum der Untersuchung von Muy stehen Konflikte zwischen Sozialarbeiter_innen, (privaten) Betreibenden und Geflüchteten. Dabei werden drei Konfliktfelder im Kontext der privatwirtschaftlichen Gewinnoptimierung benannt: Konflikte um Ausschließungsprozesse und Repressionen, Konflikte um Vorenthaltung der Teilhabe an materiellen Ressourcen und Vorenthaltung der Teilhabe an immateriellen Ressourcen (Muy 2016: 160ff). Beschrieben werden repressive Vorgehensweisen der Heimleitung gegenüber Bewohner_innen, wie Zimmerkontrolle, willkürliche Verwarnungen und Verweise aus der Unterkunft, an denen die Sozialarbeiter_innen mitwirken sollten (Muy 2016: 160f). Weiterhin wird darauf verwiesen, dass bauliche Reparaturen nicht durchgeführt, Lebensmittel extrem kontingentiert und rechtlich vorgeschriebene Leistungen vorenthalten werden (Muy 2016: 161f). Schließlich wird deutlich gemacht, wie Geflüchteten der Zugriff auf sozialarbeiterische Beratung verwehrt wird, indem die Sozialarbeiter_innen mit allgemeinen Aufgaben, die der optimalen Auslastung der Unterkunft dienen, betraut werden, schlecht ausgebildet sind und keine Weiterbildungen erhalten (Muy 2016: 164f).

2.3.2 Bearbeitung von Konflikten in Flüchtlingsunterkünften

In der Darstellung der *Bearbeitung dieser Konflikte* überwiegen allgemeine Beschreibungen von Ansätzen der gewaltfreien Konfliktbearbeitung und Gewaltprävention. Detaillierte Analysen von Interventionen fehlen sowohl in der wissenschaftlichen Literatur, als auch in Publikationen der Praxisbeobachtung. Als Maßnahmen werden sowohl Interventionen genannt, die sich auf spezifische Konfliktkonstellationen beziehen, als auch allgemeine Rahmenbedingungen, welche die Lebensumstände in den Unterkünften erleichtern und Gewaltpotentiale im Vorfeld eindämmen.

Eine Reihe von Qualitätskriterien werden genannt, die präventiv oder regulierend auf Konflikte wirken. Zur *Konfliktprävention* werden folgende Maßnahmen genannt (Flüchtlingsrat NRW 2013: 32f; Aumüller et al. 2015: 43–46; Langenbach 2015: 7ff; FaZit 2016: 4; KGST; Hofmann/Scherr 2017: 9f; Christ et al. 2017b):

- Kontrolle der Wohnqualität,
- Gewährleistung von Sicherheit, Gewaltschutzkonzepte,
- Soziale Betreuung und Beratung in asylrechtlichen Fragen,
- Interkulturelle Beratungsteams,
- Frauen- und familiengerechte Unterbringung,
- Mitwirkungsmöglichkeiten wie z.B. Heimbeiräte, Sprecherguppen,
- Einbindung der Bewohner_innen in Gemeinschaftsaufgaben,
- Partizipatives Erstellen einer Hausordnung,
- Mitspracherecht bei zentralen Themen wie Essensversorgung,
- Bildungsangebote,

- Veranstaltungen, die Informationen zum Leben in Deutschland bieten,
- Sport- und Freizeitangebote und
- Anbindung der Einrichtung an den ÖPNV.

Auf der Grundlage dieser Kriterien haben einige Kommunalverwaltungen Qualitätsstandards für Unterkünfte festgelegt. Ein Beispiel für eine öffentliche Qualitätskontrolle ist der „Heim-TÜV“, den das Land Sachsen eingerichtet hat (Freistaat Sachsen 2016). Alle zwei Jahre werden die Gemeinschaftsunterkünfte im Land Sachsen unter dem Motto „Menschenwürde messbar machen“ überprüft. Die Bewertung erfolgt auf einer Dreierskala: Grün für „angemessen bzw. menschenwürdig“, gelb für „unter Beobachtung“ und rot für „unangemessen“. Das Land hat hiermit eine Umsetzungsstrategie für angemessene humanitäre Umstände geschaffen, wie sie beispielsweise von Wohlfahrtsverbänden und Flüchtlingsräten gefordert werden (Gillo/Friedrich 2013: 369; Wendel 2014: 49–54; Johansson/Schiefer 2016: 80).

Im Bereich der *Konfliktbearbeitung* werden folgende Interventionen beschrieben (Langenbach 2015: 7ff; FaZit 2016: 21f; Grünes Netz Mediation o.J.):

- Mediation durch haupt- und ehrenamtlich Tätige: Sowohl Sozialarbeiter_innen als auch ehrenamtlich engagierte Mediator_innen betätigen sich vermittelnd in Konflikten zwischen verschiedenen Bewohner_innen, zwischen Betreibenden und Bewohner_innen und zwischen Angestellten und Bewohner_innen.
- Mediation durch Flüchtlinge: Bewohner_innen werden als Streitschlichter ausgebildet und eingesetzt. Allerdings werden dabei unterschiedliche Erfahrungen beschrieben, da nicht alle Mediator_innen die Grundsätze der Allparteilichkeit, der gleichen Wertschätzung aller Beteiligten unabhängig von Alter und Geschlecht einhielten und auf die eigene Unparteilichkeit achtgaben. Zudem ist die sehr unterschiedliche Verweildauer der Flüchtlinge in den Unterkünften hinderlich beim Aufbau eines Vermittlerpools.
- Unterstützung und Beratung von Frauen, die von Gewalt betroffen waren.
- Mit dem Jugendamt koordinierte Schutzmaßnahmen bei Kindesmissbrauch.
- In eskalierten Konflikten Aussprache eines Hausverbotes oder Platzverbots für Gewaltakteure.

2.3.3 Konflikte um die Unterbringung von Flüchtlingen

In der Literatur werden Konflikte um die Unterbringung von Geflüchteten wesentlich breiter aufgegriffen als Konflikte innerhalb der Unterkünfte. Es gibt eine Reihe von Fallstudien, welche die spezifischen Dynamiken an unterschiedlichen Orten beschreiben (Amadeu Antonio-Stiftung 2014: 14–22; SPI 2014: 36–43; Biesenkamp/Daphi 2015: 134–159). Die Veröffentlichungen haben unterschiedliche Bezugspunkte, die teils aus Konzepten der Konflikttransformation, der Antirassismuarbeit oder der Forschung im Themenfeld Integration stammen. Beschrieben werden unterschiedliche Konfliktkonstellationen, die teils ineinandergreifen: Angriffe auf Gemeinschaftsunterkünfte, Konflikte zwischen verschiedenen Bürgergruppen sowie zwischen Kommunalverwaltung

und Bürger_innen, insbesondere Anwohner_innen. Zudem geben Beiträge aus den Bereichen der Stadtentwicklung, Sozialpsychologie und Kriminologie weiteren Aufschluss über lokale Dynamiken im Kontext der Unterbringung von Geflüchteten (Mohr 2015; Gehritz/ Ungerer 2015; Lemmer/Wagner 2015; Hinger 2016; Hinger/Schäfer/Pott 2016).

Der Schwerpunkt bei den in der Literatur beschriebenen Konfliktkonstellationen liegt auf der *Mobilisierung gegen Gemeinschaftsunterkünfte* und einer daraus resultierenden Gegenmobilisierung (Amadeu Antonio-Stiftung 2014: 14–22; SPI 2014: 36–43; Biesenkamp/Daphi 2015: 134–159). Neben Anwohner_innen der Unterkünfte spielen hier rechtsextreme Gruppen und Parteien eine entscheidende Rolle. Indem sie Bürgerversammlungen massiv stören und als eigene Kommunikationsplattform nutzen, nehmen sie sowohl Einfluss darauf, *wie* der Diskurs geführt wird als auch auf seine Inhalte. Im Bereich der Meinungsbildung nutzen sie vor allem soziale Medien. Dabei verbergen sich hinter Gruppen, die als lokale Bürgervereine auftreten, häufig organisierte rechtsextreme Gruppen oder Parteien. In den meisten untersuchten Fällen führte dies zu einer *Gegenmobilisierung*. Es bilden sich sowohl zivilgesellschaftliche Unterstützergruppen als auch Unterstützungsnetzwerke, in denen sich lokale Politik und Administration, Kirchen, Wohlfahrtsverbände sowie Vereine und zivilgesellschaftliche Gruppen zusammenschließen. Hier verbindet sich der Einsatz für die Menschenrechte der Flüchtlinge mit dem für ein gewaltfreies, demokratisches Gemeinwesen. Soziale Medien sind auch hier relevant für Information, Meinungsbildung und Koordinierung der Gruppen (Amadeu Antonio-Stiftung 2014: 14–17; SPI 2014: 36–43; Biesenkamp/Daphi 2015: 144–148). Die Form der Konfliktaustragung reicht in dieser Konfliktkonstellation von moderierten Diskussionen bis hin zu Aufrufen zu Gewalt und tätlichen Angriffen auf Unterkünfte sowie einzelne Personen. Die Gewaltakteure sind dabei der organisierten rechtsextremen Szene zuzuordnen.

Weitere weniger intensiv aufgearbeitete Diskurse thematisieren Sicherheit und Ordnung in der *Nachbarschaft von Gemeinschaftsunterbringungen*. Hier geht es vor allem um Ängste und Vorbehalte der Anwohner_innen vor steigender Kriminalität, insbesondere vor Übergriffen auf Mädchen und Frauen (Amadeu Antonio-Stiftung 2014: 14–17; SPI 2014: 36–43; Biesenkamp/Daphi 2015: 144–148). Gehritz/Ungerer (2017: 17) belegen dabei in ihrer Studie zu kurzfristigen Auswirkungen der Flüchtlingszuwanderung in Deutschland, dass die Kriminalitätsrate nur minimal, vor allem im Bereich der Drogendelikte angestiegen ist.

Weiterhin erwähnt werden *Konflikte um sozialen Status*. Bemerkenswert dabei ist, dass Sozialneid gegenüber Geflüchteten in Umgebungen mit relativ unterschiedlichem Einkommensniveau auftritt (Amadeu Antonio-Stiftung 2014: 14–17; SPI 2014: 36–43; Biesenkamp/Daphi 2015: 144–148; Klein 2016: 47–49). Dies korreliert mit dem Ergebnis, dass die Zuwanderung der Geflüchteten bisher keine Auswirkung auf den Arbeitsmarkt für Deutsche hatte (Gehritz/Ungerer 2017: 15).

2.3.4 Bearbeitung von Konflikten um die Unterbringung von Flüchtlingen

Insgesamt lassen sich aus den in der Literatur beschriebenen Untersuchungen folgende als erfolgreich beschriebene *Strategien der Gewaltprävention und Konfliktbearbeitung* im Kontext der Einrichtung und des Betriebs von Flüchtlingsunterkünften ableiten (Bohn/Alicke 2006: 39–52; SPI 2014: 8–44; Amadeu Antonio-Stiftung 2014: 23f; BAG K+R et al. 2014: 14–23; Biesnkamp/Daphi 2015: 127–133; BMJV 2015: 1–5; AFZ 2015: 4–11; Klein 2016: 47–49; Dymarz et al. 2016: 13):

- Transparente und offene Planung der Unterbringung sowie eine enge Zusammenarbeit zwischen behördlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren fördert eine positive Reaktion der lokalen Bevölkerung.
- Eine Zusammenarbeit zwischen Behörden und Unterstützungsinitiativen kann die Reaktionen der Lokalbevölkerung stark positiv beeinflussen.
- Zivilgesellschaftliche Initiativen prägen die Reaktionen auf die Unterkunft direkt positiv.
- Austausch von Wissen zwischen zivilgesellschaftlichen und behördlichen Akteuren erweitert die Perspektive auf die Flüchtlingsunterbringung und kann zur besseren Gestaltung der Situation vor Ort beitragen sowie ablehnende Reaktionen vorbeugen.
- Umfassende und umfangreiche Kommunikation, persönliche Präsenz und richtungsweisende politische Vorgaben durch Bürgermeister_innen und Landrät_innen können einer Ablehnung der Unterbringung entgegenwirken. Transparenz und die Einbindung eindeutiger Befürworter_innen können Ängste und Vorurteile eindämmen.
- Parteiübergreifende klare Allianzen gegen rassistische Mobilisierung wirken meinungsbildend und können den Bewegungsspielraum für rassistische Gruppen stark einschränken.
- Offene und faire Beteiligungsverfahren bei der Planung und Gestaltung der Unterkunft sind stark akzeptanzfördernd.
- Eine detaillierte Vorbereitung von Informationsveranstaltungen für Anwohner_innen ist notwendig und kann eine Instrumentalisierung durch Gegner_innen vermeiden.
- Direkter Kontakt von Entscheidungsträger_innen mit den Flüchtlingen, insbesondere in Form von symbolträchtigen Handlungen wie ein offizielles persönliches Willkommenheißen in den Unterkünften, hat akzeptanzfördernde Wirkung.
- Gemeinsame Begegnungsräume in oder nahe der Unterkunft, wie z.B. ein von Flüchtlingen betriebenes Café, fördern den Austausch und die Akzeptanz.
- Gute Ausstattung der Unterkünfte und gute Betreuung der Flüchtlinge wirken einer Stigmatisierung entgegen.
- Kooperationen zwischen Internetanbietern (Facebook, Google, Twitter), der Justiz und zivilgesellschaftlichen Gruppen können Hassbotschaften in sozialen Netzwerken eindämmen.

- Soziale Medien spielen eine zentrale Rolle im Diskurs über Flüchtlingsunterbringung sowie in der Koordination von Aktivitäten. Eine gute Moderation von Diskussionen auf eigenen Seiten, z.B. bei Facebook, und die Bereitstellung durchdachter Argumente für Menschenrechte, Demokratie und Akzeptanz können die Meinungsbildung vor Ort stark beeinflussen.
- Kirchen können eine vermittelnde Rolle in unterschiedlichen Konfliktkonstellationen, u.a. in Konflikten zwischen lokaler Politik und Zivilgesellschaft, einnehmen.

Bürgerkommunikation spielt den vorliegenden Quellen zufolge eine entscheidende Rolle beim Schaffen von Orientierung für die Bürger_innen und der Prävention von Gewalt. Dort, wo im Sinne einer professionellen Bürgerkommunikation eine transparente Informationspolitik geschaffen wurde, Kommunikationsprozesse gezielt gesteuert worden sind und kommunale Akteure klare akzeptanzfördernde Standpunkte vertreten haben sowie Möglichkeiten zum Dialog mit den Bürger eröffneten, kam es zu deutlich weniger oder zu keiner Gewalt und zu einer erfolgreichen Kooperation zwischen den Hauptbeteiligten (Amadeu Antonio-Stiftung 2014: 14–22; SPI 2014: 36–43; Biesenkamp/Daphi 2015: 134–159).

Partizipationsmöglichkeiten der Anwohner_innen durch moderierte Bürgerversammlungen und Dialogforen, auch das zeigt die Literatur bisher, haben sich als konfliktpräventiv oder in bereits eskalierten Konflikten als deeskalierend erwiesen. Entscheidend war dabei bereits in der Vorbereitung der Veranstaltungen die Vernetzung kommunaler Verwaltung mit Unterstützergruppen. Diese erleichterte auch eine strategische Ausrichtung der Versammlungen im Sinne einer Prävention der Instrumentalisierung des Forums für rassistische Angriffe (Bohn/Alicke 2006: 39–52; SPI 2014: 8–44; Amadeu Antonio Stiftung 2014: 23f.; BAG K+R et al. 2014: 14–23; Biesenkamp/Daphi 2015: 127–133; BMJV 2015: 1–5; AFZ 2015: 4–11; Klein 2016: 47–49; Dymarz et al. 2016: 13). Die folgenden drei Beispiele geben einen Eindruck von der Bandbreite der Prozesse und der Tiefe des analytischen Zugriffs aus der Perspektive der Konfliktforschung:

Fallbeispiel 1

Berlin Hellersdorf, Gemeinschaftsunterkunft für 400 Flüchtlinge

Anlass, Gegenstand, Kontext und Verlauf:

2013 wird in Hellersdorf eine Gemeinschaftsunterkunft geplant. Gegner der geplanten Flüchtlingsunterkunft gründen die „Bürgerinitiative Marzahn-Hellersdorf“. Diese stark von der NPD beeinflusste Gruppe mobilisiert Anhänger_innen im Vorfeld einer Informationsveranstaltung der kommunalen Verwaltung. Diese wird von Anwohnern und NPD Mitgliedern durch Zwischenrufe und rassistische Äußerungen gestört und eskaliert.

Akteure:

- Rechtsextrem eingestellte Teile der lokalen Bevölkerung
- NPD-Mitglieder
- Bürgerinitiative „Marzahn-Hellersdorf“
- Bürgerinitiative „Hellersdorf hilft Asylbewerbern“
- Aufnahmebehörden
- Solidaritätsnetzwerk „Hellersdorf - Refugees Welcome!“
- Weitere Unterstützergruppen

Die Bürgerinitiative ruft über Facebook zu weiteren Kundgebungen und Demonstrationen gegen die Unterkunft auf und postet rassistische Kommentare.

Fortsetzung folgende Seite

Fallbeispiel 1 – Fortsetzung

Zivilgesellschaftliche Akteure werfen der Verwaltung vor, das Potential der rechtsextremen Instrumentalisierung der Veranstaltung unterschätzt und nicht ausreichend mit Unterstützungsinitiativen kooperiert zu haben.

Die bezirkliche Koordinierungsstelle für Demokratieentwicklung am Ort der Vielfalt (POLIS) und das Mobile Beratungsteam Ostkreuz für Demokratieentwicklung (MBT) werden als externe Moderator_innen von Dialogveranstaltungen mit den Anwohner_innen eingebunden. Diese werden namentlich eingeladen, so dass zugereiste Mitglieder der NPD nicht zur Veranstaltung kommen können.

Als Gegenreaktion auf die fremdenfeindlichen Angriffe gründet sich die Unterstützerinitiative „Hellersdorf hilft Asylbewerbern“. Diese organisiert ebenfalls Kundgebungen und setzt eine Facebook-Seite auf, über die sie sich koordiniert.

Die Flüchtlinge ziehen unter Polizeischutz in die Unterkunft ein.

Um Neujahr 2014 kommt es zu mehreren Angriffen mit Feuerwerkskörpern auf die Unterkunft. Die Bürgerinitiative Hellersdorf radikalisiert sich, woraufhin sich die „Bürgerinitiative für ein lebenswertes Marzahn-Hellersdorf“ von ihr abgespaltet. Die Webpräsenz der ursprünglichen Bürgerbewegung wird aus rechtlichen Gründen gelöscht.

Ein weiteres Solidaritätsnetzwerk „Hellersdorf - Refugees Welcome!“ wird vom Berliner Flüchtlingsrat initiiert und beteiligt sich am Unterstützungsnetzwerk, dem auch weitere Organisationen, u.a. die Alice Salomon-Hochschule, beitreten.

Kommunikation, Moderation und Mediation in der Konfliktbearbeitung:

Die fremdenfeindliche Mobilisierung führte zu starker Gegenmobilisierung von Unterstützergruppen. Diese griffen in den kommunikativen Diskurs durch Demonstrationen, Infoveranstaltungen und eine Facebook-Präsenz ein. Weiterhin boten sie praktische Hilfe für Flüchtlinge und schrieben Willkommensbriefe.

Die Kooperation zwischen behördlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren hat sich im Verlauf des Konfliktes intensiviert, gemeinsame Infoveranstaltungen wurden durchgeführt. Es gab Absprache beim Betreuungs- und Integrationsangebot. Für die Moderation von Bürgerdialogen wurde ein externes Moderationsteam beauftragt. In den Dialogveranstaltungen ging es vor allem um Ängste und Vorbehalte der Anwohner_innen in Bezug auf die Flüchtlingsunterkunft, jedoch auch darum, dass sich diese als „Rassisten und Nazis“ von Teilen der Flüchtlingsunterstützer_innen und der Medien verunglimpft fühlten.

Die Auseinandersetzungen in Hellersdorf wirkten weit über den Bezirk hinaus. So gründeten sich in unmittelbarer Reaktion darauf dreizehn weitere Unterstützungsinitiativen in Berlin. In Bezirken, in denen ebenfalls Flüchtlingsunterkünfte neu eröffnet werden sollten u.a. Neukölln und Pankow, wurden Moderator_innen von Beginn an einbezogen, um Informationsveranstaltungen zu moderieren und eventuell aufkommende Konflikte zu bearbeiten. Der Fokus des hier eingesetzten Moderationsteams lag auf dem Dialog mit allen Beteiligten.

Quellen: Biesenkamp/Daphi 2015: 144–148; Amadeu Antonio-Stiftung 2014: 14–17; SPI 2014: 36–43.

Fallbeispiel 2**Schneeberg, Sachsen, Gemeinschaftsunterkunft wird um 250 Plätze erweitert****Anlass, Gegenstand, Kontext und Verlauf:**

In Schneeberg konnte 2013 ein großer Teil der Bevölkerung für Proteste gegen die Erweiterung einer Gemeinschaftsunterkunft mobilisiert werden. In die bereits bestehende Unterkunft wurden weitere 250 Flüchtlinge aus Chemnitz verlegt, nachdem es dort zu Konflikten unter den Flüchtlingen gekommen war.

Dies wurde stark von den Gegnern der Unterkunft aufgegriffen. Sie wurde als sicherheitsgefährdend für die Anwohner dargestellt.

Die Sicherheitsbehörden betonten mehrfach, dass die Kriminalität im Umfeld der Unterkunft nicht angestiegen sei.

Die NPD organisierte mehrere Demonstrationen gegen die Unterkunft, die in Anlehnung an lokales Brauchtum Lichtelläufe genannt wurden. Heimatverbundenheit wird als ein Grund des Protests angegeben. Die NPD-Vertreter forderten zudem direkte Demokratie, Bürgerbeteiligung und Bürgerentscheide.

Vielen Bürger_innen schien es gleichgültig zu sein, wer die Proteste organisierte. Sie wandten sich allein gegen die Flüchtlingsunterkunft in ihrer Nähe.

Gegenprotest wurde vereinzelt von Bürger_innen der größeren umliegenden Städte organisiert.

Bei der zweiten NPD-Demonstration bildeten Grüne, Linke und Antifa-Gruppen eine Gegendemonstration. Bei der dritten Demonstration schlossen sich die Parteien des Stadtrates zum Bündnis „Schneeberg für Menschlichkeit“ zusammen und veranstalteten als Gegenmobilisierung eine Kundgebung.

Der Bürgermeister argumentierte gegen die NPD-Demonstrationen, dass die Stadt als Folge der medialen Berichterstattung darüber ein touristenfeindliches Image befürchten müsse.

Kommunikation, Moderation und Mediation in der Konfliktbearbeitung:

In Schneeberg ist kein zivilgesellschaftliches Bündnis gegen die fremdenfeindlichen Aktivitäten der NPD und lokaler fremdenfeindlicher Bürger_innen entstanden. Die politischen Parteien haben sich zu einem kurzfristigen Bündnis zusammengeschlossen, das jedoch den Diskurs nicht wesentlich beeinflusst hat.

Akteure:

- Fremdenfeindliche lokale Bürger_innen
 - NPD
 - Bündnis 90/Die Grünen
 - Die Linke
 - Antifa-Gruppen
 - Parteien des Stadtrates
- Indirekt:
- Medien
 - Sicherheitsbehörden

Quellen: Amadeu Antonio-Stiftung 2014: 18–20.

Fallbeispiel 3

Gemeinschaftsunterkunft für 160 Flüchtlinge in Schlüchtern

Anlass, Gegenstand, Kontext und Verlauf:

Die Unterkunft wird bereits seit 20 Jahren betrieben. 2015 wird eine Erweiterung und Sanierung begonnen. Es kommt zu keinen Protesten.

Akteure:

- Kreisverwaltung
- Integrationsbüro
- Lokale Poilitik
- Ehrenamtliche

Kommunikation, Moderation und Mediation in der Konfliktbearbeitung:

Es wurden weitere Integrationsangebote für Flüchtlinge geschaffen und vom Integrationsbüro der Kreisverwaltung koordiniert. Kommunale Behörden signalisierten großes Interesse an Kommunikation und Vernetzung mit unterschiedlichen Bürgergruppen. Im Rahmen runder Tische, die vom Integrationsbüro moderiert wurden, trafen sich regelmäßig Vertreter von Politik, kommunaler Verwaltung und ehrenamtlich Engagierten und tauschten sich über Möglichkeiten zur Verbesserung der Situation von Flüchtlingen und Migrant_innen aus. Ehrenamtliche Helfer_innen übernahmen den größten Teil der Betreuung und Unterstützung und wurden weitergebildet.

Quellen: Biesenkamp/Daphi 2015: 149–152.

2.3.5 Stadtteilarbeit und Integrationsarbeit als Konfliktpräventionsstrategie

In der Literatur zu kommunalen Strategien der Gewaltprävention und Konfliktbearbeitung wird eine Annäherung und zunehmende Überschneidung von *Stadtteilarbeit und Integrationsarbeit* deutlich. Integrationserfahrung, Integrationsstrukturen und Integrationskompetenz der Kommunen werden dabei als entscheidende Voraussetzung praktischer Handlungsansätze dargestellt (Aumüller/Gesemann 2014; Dymarz et al. 2016; Gesemann/Roth 2016). Kommunale Integrationskonzepte greifen oft erst, wenn Flüchtlinge in Regelstrukturen überführt werden. Jedoch gibt es zunehmend Initiativen, die eine Öffnung der Angebote für Geflüchtete unabhängig vom Aufenthaltstitel vorsehen. Kommunale, städtische und stadtteilbezogene Netzwerke sowie eine lokale Kooperationskultur sind die entscheidenden Parameter unterschiedlicher präventiver und konfliktbearbeitender Ansätze, wie Runde Tische oder dem Quartiersmanagement (Höbel et al. 2006: 32; Aumüller/Gesemann 2014a: 98f.; Dymarz et al. 2016: 39–107).

In der Literatur wird die Integrationserfahrung von Kommunen als Möglichkeit beschrieben, auf bereits bestehende Maßnahmen, Konzepte und Strategien im Bereich der Einwanderung zurückzugreifen. Als Beispiel wird Nordrhein-Westfalen angeführt, das bereits seit 2012 ein landeseigenes *Teilhabe- und Integrationsgesetz* besitzt, dessen Ziel es ist, ein friedvolles Zusammenleben zu ermöglichen, Diskriminierung zu bekämpfen und gesellschaftliche Teilhabe zu fördern. *Kommunale Integrationszentren* koordinieren alle Bereiche der Teilhabe an kommunalen Angeboten sowie spezielle Angebote für Migrant_innen (Landtag NRW 2016; Dymarz et al. 2016: 15f.). Als Integrationszentren werden die in den letzten Jahren neu entstandenen Kooperationsstrukturen in den Kommunen verstanden. Sowohl ämterübergreifende Zusammenarbeit innerhalb der Verwaltung als auch die Kooperation mit externen Akteuren ist damit gemeint (Dymarz et al. 2016: 86–90).

Willkommens- und Flüchtlingsinitiativen, Engagement und Offenheit von Vereinen sowie eine offene Grundstimmung in der Bevölkerung werden des Weiteren als Ressourcen für kommunale Integrationsstrategien betrachtet. Eine gute lokale Kooperationskultur, im Sinne enger Kooperationsbeziehungen in der Kommune, Koordination des ehrenamtlichen Engagements durch die Verwaltung und eine interkulturelle Öffnung der Verwaltung, werden als ein Erfolgsfaktoren für eine gute Aufnahme und Integration von Flüchtlingen vor Ort beschrieben (Gesemann/Roth 2016: 16).

In der Literatur prominent dargestellt wird weiterhin das *Quartiersmanagement*. Es zeichnet sich ebenfalls durch die Zusammenführung der Akteure aus den verschiedenen Bereichen der Verwaltung, lokaler Politik, privater Wirtschaft, lokaler Vereine und den nicht-organisierten Anwohner aus. Gerade aufgrund des begrenzten Aktionsraums von Flüchtlingen und ihrer Unterbringung in zugewiesenen Unterkünften spielt das Quartier eine entscheidende Rolle. Dieser Bedeutungsgewinn wurde sowohl im wissenschaftlichen Diskurs als auch in sozialplanerischen Programmen anerkannt, wie zum Beispiel im Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ (BMBF 2009; BMBF 2012; Drilling/Schnur 2012). In vielen Städten werden im Rahmen von Quartiersmanagementprojekten Begegnungsmöglichkeiten zwischen Flüchtlingen und Einheimischen geschaffen, z.B. durch offene Cafés, Werkstätten oder gemeinsame Freizeitprojekte. Die Quartiersmanagementbüros fungieren zudem häufig als Schnittstellen zwischen Flüchtlingen, ehrenamtlich Engagierten, lokalen Vereinen und Wohlfahrtsverbänden (Dymarz et al. 2016). In der Literatur zur Vorurteilsforschung im Kontext von Flüchtlingszuwanderung wird dargelegt, dass direkter Kontakt zwischen Einheimischen und Flüchtlingen sich

unmittelbar positiv auf die gegenseitige Akzeptanz auswirkt. Darüber hinaus wirkt der Kontakt akzeptanzfördernd auf das soziale Umfeld der handelnden Personen (Lemmer/Wagner 2015; Mohn 2015: 79).

Während die in diesem Abschnitt beschriebenen (neuen) Netzwerke in der Literatur einhellig als wirkungsvoll und zukunftsweisend beschrieben werden, gibt es noch kaum Untersuchungen zu ihrer inneren Dynamik und zu Erfolgsfaktoren. Hinger (2016: 87) sowie Hinger, Schäfer und Pott (2016: 4) betonen jedoch die Bedeutung dieser Prozesse und fordern eine wissenschaftliche Untersuchung aus der Perspektive *lokaler Migrationsregime*, die auch die Perspektive der Geflüchteten stärker einbezieht.

Unter dem Titel *kommunale Konfliktberatung* werden zudem praktische Ansätze und Konzepte beschrieben, mit denen externe Experten kommunale Akteure bei der Koordinierung dieser Aufgaben beraten. Der Fokus liegt dabei auf einer Verbindung von Gewaltprävention, Konfliktbearbeitung und Integration. Die zeitlich befristete Beratung basiert auf systemischen Prinzipien und bezieht insbesondere die wechselseitigen Deutungsmuster und Dynamiken zwischen den lokalen Akteuren mit ein (Rojzman 2008: 40–45; Sufryd 2009: 6f; Korkor/Berndt/Lustig 2014: 4f).

3. Forschungslücken und Perspektiven weiterer Forschung

3.1 Forschungslücken

Zahlreiche in dieser Studie analysierte Fallstudien, Dokumentationen, Praxisberichte und wissenschaftliche Literatur belegen, dass Konflikte in und um Unterkünfte für Geflüchtete sowie ihre Prävention und Bearbeitung ein Thema sind, das empirisch erst in den vergangenen Jahren fragmentarisch, aber verstärkt wissenschaftliches Interesse geweckt hat. Wesentliche Teile der analysierten Literatur konzentrieren sich auf den Umgang mit Geflüchteten. Die Sichtweisen und Handlungsstrategien der Flüchtlinge selbst sind stark unterrepräsentiert. Zudem wird in der Literatur vor allem ein bestimmter Ausschnitt des Flüchtlingsmanagements und der Unterbringung beschrieben: die Aufnahme, Versorgung und Unterbringung Geflüchteter. Der Fokus liegt in vielen Studien auf den offiziell als Asylbewerber_innen registrierten Personen. Sowohl die Situation von Geflüchteten ohne Aufenthaltsstatus, als auch die im Zuge des Asylverfahrensbeschleunigungsgesetzes eingerichteten separaten Gemeinschaftsunterkünfte für Geflüchtete ohne Bleibeperspektive blieben bislang weitgehend wissenschaftlich unbearbeitet. Es mangelt sowohl an regions- und gruppenübergreifenden systematisch angelegten qualitativen Studien als auch an belastbaren quantitativen Daten. Auch vergleichende Studien zu unterschiedlichen Flüchtlingsgruppen sowie einen Vergleich zu anderen Zuwanderergruppen und zur Bevölkerung ohne Migrationshintergrund stehen weiterhin aus.

Die Fallanalysen zu Konflikten in und um Flüchtlingsunterkünfte weisen eine sehr unterschiedliche analytische Tiefe auf. Insbesondere im Bereich der Praxisbeobachtung und der Literatur zu sozialen Bewegungen ist der Blick auf Ursachen und Dynamiken von Konflikten von den eigenen ideologischen und handlungspraktischen Ausgangspunkten geprägt. Vor allem Rassismus wird als Bezugspunkt häufig herangezogen.

Insbesondere über die Dynamik von Konflikten innerhalb von Gemeinschaftsunterkünften ist bisher wenig bekannt. Zudem gibt es weitaus mehr Handlungsempfehlungen zur

Gewaltprävention und Konfliktbearbeitung als detaillierte Analysen von Konfliktkonstellationen und -verläufen.

Über die Einzelfallstudien hinaus fehlen insbesondere quantitative Erhebungen, die belastbare Rückschlüsse auf den Zusammenhang von lokalen Kontexten, Akteuren und Konfliktverläufen zulassen. Die Erkenntnisse der bisherigen Forschung reichen nicht aus, um Erfolgsfaktoren für Interventionen im Bereich der Information, Partizipation und Mediation verallgemeinern zu können. Zudem muss Erfolg in diesem Bereich klarer definiert werden.

Neben der bisher überschaubaren Zahl von untersuchten Konflikten, spielt zudem die zeitliche Perspektive eine entscheidende Rolle. Um Wirkungen mittelfristig beschreiben zu können, sind Studien mit einem längeren Untersuchungszeitraum notwendig.

3.2 Perspektiven weiterer Forschung

Zukünftige Forschung muss über kurzfristige Einzelfallstudien hinausgehen. Eine Kombination quantitativer Forschung mit qualitativen Zugängen ist nötig, um grundlegende Erkenntnisse über Konfliktkonstellationen, lokale Dynamiken und die Reichweite kommunikationsbasierter Interventionen treffen zu können. Durch eine Triangulation quantitativer und qualitativer Daten kann ein bisher noch nicht vorhandenes multiperspektivisches Verständnis der Situationen befördert werden.

Darüber hinaus sind regelmäßig wiederholte Befragungen notwendig, um die Entwicklung der Lebenslagen von Flüchtlingen von der Aufnahme über das Asylverfahren bis hin zur Anerkennung als Flüchtling oder zur Duldung oder Abschiebung abzubilden. Dabei ist es notwendig, Geflüchtete als aktiv Beteiligte der Konfliktkonstellationen zu begreifen und in die Forschung einzubeziehen. Der Prozess einer freiwilligen oder erzwungenen Rückkehr in das Heimatland sollte dabei genauso miterfasst werden, wie die Entscheidung Geflüchteter, illegal weiter in Deutschland oder Europa zu leben.

Aufgrund dieses dringlichen Bedarfs nach einer grundlegenden Beforschung dieses Bereichs seien hier exemplarisch nur einige wissenschaftliche Fragestellungen herausgegriffen, die für die weitere Forschung als Einzelaspekte relevant sind.

Fragestellungen im Bereich der Konflikte *innerhalb* von Unterkünften:

- *Radikalisierung*: Wie verlaufen Prozesse religiöser Radikalisierung im Kontext von Flüchtlingsunterkünften?
- *Belegungsmanagement*: Welche Auswirkung hat die Zusammensetzung innerhalb einer Unterkunft (nach Alter, Geschlecht, Herkunft, ethnische und religiöse Zugehörigkeit von Flüchtlingen) auf die Entstehung und Bewältigung von Konflikten?
- *Konsequenzen der Kategorisierung von Geflüchteten entsprechend der „Bleibeperspektive“*: Wie wirken sich unterschiedliche Chancen auf Anerkennung und somit langfristige Bleibe- und Lebensperspektiven auf das Zusammenleben in den Gemeinschaftsunterkünften aus? Welche speziellen Konfliktkonstellationen und -dynamiken ergeben sich in Unterkünften, die überwiegend mit Geflüchteten aus sogenannten sicheren Herkunftsländern belegt werden und de facto als „Abschiebezentren“ fungieren?

Gewalt gegen Frauen und Kinder: Welchen Formen der Gewalt sind Frauen und Kinder ausgesetzt und inwiefern wirken die bisher verfügbaren Schutzkonzepte sowie Beratungs- und Bildungsangebote zu diesem Bereich gewaltreduzierend?

Gewalt gegenüber Minderheiten: Welche Herausforderungen stellen sich „besonders gefährdeten Gruppen“, wie Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgender (LGBT) im Kontext der Unterbringung? Welche Wirkung haben bestehende Schutzkonzepte auf die Betroffenen und ihr Umfeld?

Fragestellungen im Bereich der Konflikte *um* die Unterkünfte:

- *Lokale Unterstützernetzwerke:* Wie koordinieren sich lokale Unterstützernetzwerke? Wie definieren sie ihre Ziele und unter welchen Bedingungen sind sie (langfristig) erfolgreich?
- *Kooperationsbeziehungen zwischen zivilgesellschaftlichen Gruppen und Kommunalverwaltung:* Durch den Flüchtlingszuzug ist ein neues Verhältnis zwischen Bürger_innen und Verwaltung entstanden, in dem Rollen, Aufgaben und Gestaltungsspielräume noch nicht abschließend geklärt sind. Wie verändern sich diese?
- *Soziale Medien:* Welche Relevanz haben soziale Medien für die Koordination und Meinungsbildung in Bürgergruppen? Welche Kommunikationsstrategien werden verfolgt und wie beeinflussen diese die Konfliktdynamik vor Ort?

4. Fazit

Angesichts der enormen Herausforderung, vor der deutsche Kommunen bei der Aufnahme, Unterbringung, Versorgung und gesellschaftlichen Integration von Flüchtlingen weiterhin stehen, ist belastbares Wissen über die Auswirkung der bisherigen Unterbringungspraxis sowie über die lokalen sozialen Dynamiken im Zusammenhang mit der Unterbringung Geflüchteter dringend erforderlich. Friedenswissenschaftliche Forschung zu Konfliktbearbeitung und Gewaltprävention kann dabei zu einer Versachlichung der Debatte beitragen und die Weiterentwicklung kommunaler Strategien unterstützen.

Ein wissenschaftlicher Gesamtüberblick über die sozialen Mikrodynamiken im Zusammenhang mit der Unterbringung Geflüchteter fehlt bisher. Aus der Zusammenschau wissenschaftlicher Untersuchungen und Publikationen der Praxisbeobachtung lassen sich bisher lediglich Hypothesen zur lokalen Konfliktdynamik und dem Erfolg von Interventionen, wie Konfliktmediation und Bürgerbeteiligung ableiten. Die in diesem Bericht zusammengefassten Ergebnisse der aktuellen Forschung bilden einen Ausgangspunkt für weitere umfassende qualitative und quantitative Forschung. Entscheidend für die Aussagekräftigkeit weiterer Forschung ist dabei insbesondere die bisher kaum vorhandene Einbeziehung der Sichtweise Geflüchteter in die wissenschaftliche Erhebung.

5. Literatur

Achhammer, Michael/Herbst, Sören (2014), Der (Asyl)-Proceß - Über die institutionelle Fremdbestimmung von Asylbewerberinnen und -bewerbern in Deutschland, in: Aced, Miriam et al. (Hrsg.), Migration, Asyl und (post-)migrantische Lebenswelten in Deutschland: Bestandsaufnahme und Perspektiven migrationspolitischer Praktiken. Berlin, 205–226.

Amadeu Antonio-Stiftung/Pro Asyl (Hrsg.) (2014), Die Brandstifter. Rechte Hetze gegen Flüchtlinge. <http://www.amadeu-antonio-stiftung.de/hetze/die-brandstifter-rechte-hetze-gegen-fluechtlinge/>, 26.09.2016.

Anne Frank-Zentrum (AFZ) (Hrsg.) (2016), Strategien für Bürgermeisterinnen und Bürgermeister zur Kommunikation über geplante Flüchtlingsunterkünfte. Empfehlungen aus dem Fachgespräch am 20. November 2015 in Leipzig, https://www.annefrank.de/fileadmin/Redaktion/Themenfelder/Zivilgesellschaft_staerken/Dokumente/160219_Einwanderungsstadt_als_Zukunftsstadt_Workshop_Leipzig_Handreichung_web.pdf, 13.10.2016.

Aumüller, Jutta/Bretl, Carolin (2008), Die kommunale Integration von Flüchtlingen in Deutschland, Berlin.

Aumüller, Jutta (2009), Die kommunale Integration von Flüchtlingen. in: Gesemann, Frank/Roth, Roland (Hrsg.), Lokale Integrationspolitik in der Einwanderungsgesellschaft, Wiesbaden, 111–130.

Aumüller, Jutta/Daphi, Priska/Biesenkamp, Celine (2015), Die Aufnahme von Flüchtlingen in den Bundesländern und Kommunen Behördliche Praxis und zivilgesellschaftliches Engagement. Stuttgart.

Aumüller, Jutta/Gesemann, Frank (2014), Integrationspotenziale ländlicher Regionen im Strukturwandel. Abschlussbericht zum Forschungs-Praxis-Projekt, Darmstadt.

Berghof Foundation (Hrsg.) (2012), Berghof Glossary on Conflict Transformation. Berlin.

Behrensen, Birgit/Groß, Verena (2004), Auf dem Weg in ein „normales Leben“? Eine Analyse der gesundheitlichen Situation von Asylsuchenden in der Region Osnabrück. Forschungsergebnisse des Teilprojekts „Regionalanalyse“ im Rahmen der EQUAL-Entwicklungspartnerschaft „SPUK“ – Sprache und Kultur: Grundlagen für eine effektive Gesundheitsversorgung, Osnabrück.

Berndt, Hagen/Lustig, Sylvia (2016), Kommunale Konfliktberatung. Konzeption zur Beratung von Kommunen im Wandel, forumZFD, Köln.

Biesenkamp, Celine/Daphi, Priska (2015), Reaktionen der lokalen Bevölkerung, in: Aumüller, Jutta/Daphi, Priska/Biesenkamp, Celine: Die Aufnahme von Flüchtlingen in den Bundesländern und Kommunen: Behördliche Praxis und zivilgesellschaftliches Engagement, Stuttgart.

Birzer, Markus (2015), So geht Bürgerbeteiligung. Eine Handreichung für die kommunale Praxis, Friedrich Ebert Stiftung, Bonn.

Bohn, Irina/Alicke, Tina (2016), Wie kann Integration von Flüchtlingen gelingen, damit die Stimmung nicht kippt? Expertise im Auftrag des Beratungsnetzwerks Hessen, Frankfurt a. Main.

Bretl, Carolin/Kraft, Kristina (2008), Kommunale Flüchtlingsintegration in München, in: Aumüller, Jutta/Bretl, Carolin (Hrsg.): Lokale Gesellschaften und Flüchtlinge: Förderung von sozialer Integration. Die kommunale Integration von Flüchtlingen in Deutschland, Berlin, 48–75.

Brücker, Herbert/Kunert, Astrid/Mangold, Ulrike/Kalusche, Barbara/ Siegert, Manuel/ Schupp, Jürgen (2016), Geflüchtete Menschen in Deutschland - eine qualitative Befragung, IAB-Forschungsbericht 9/2016, Nürnberg.

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) (2016a), Das Bundesamt in Zahlen 2015 – Modul Asyl. https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Broschueren/bundesamt-in-zahlen-2015.pdf?__blob=publicationFile,07.10.2016.

Bundesamt für Migration und Flucht (BAMF) (2016b), Schlüsselzahlen Asyl, <http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Flyer/flyer-schlüsselzahlen-asyl-2016.html?nn=1367528,29.01.2017>.

Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche & Rechtsextremismus (BAG K+R); Evangelische Akademie zu Berlin; Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (2014), Was tun, damit´s nicht brennt? Leitfaden zur Vermeidung von rassistisch aufgeladenen Konflikten im Umfeld von Sammelunterkünften für Flüchtlinge, http://www.mbr-berlin.de/wp-content/uploads/2014/03/wastun_online.pdf,03.01.2017.

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMVJ) (Hrsg.) (2015), Gemeinsam gegen Hassbotschaften. Ergebnispapier der Task Force „Umgang mit rechtswidrigen Hassbotschaften im Internet“, http://www.bmju.de/SharedDocs/Downloads/DE/Artikel/12152015_TaskForceErgebnispapier.pdf?__blob=publicationFile&v=2,26.09.2016.

Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) (Hrsg.) (2009), Modellvorhaben der sozialen Stadt. Gute Beispiele für sozial-integrative Projekte, Berlin.

Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) (Hrsg.) (2012), Programme des Bundes für die nachhaltige Stadtentwicklung und Soziale Stadt. http://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/BMVBS/Online/2012/DL_ON032012.pdf?__blob=publicationFile&v=2,21.07.2016.

Buono, Clarisse/Poli, Alexandra/Tietze, Nikola (2002), Die Mediation. Ein europäischer Vergleich, Paris.

Burgi, Martin (2008), Handbuch der kommunalen Wissenschaft und Praxis. Die Verwaltung, 41(2), 295–300.

Butterwegge, Carolin (2010), Armut von Kindern mit Migrationshintergrund. Ausmaß, Erscheinungsformen und Ursachen, Wiesbaden.

Christ, Simone/Meininghaus, Esther/Röing, Tim (2017a), „All Day Waiting“, Konflikte in Unterkünften für Geflüchtete in NRW, BICC Working Paper 3/2017, Bonn.

Christ, Simone/Meininghaus, Esther/Röing, Tim (2017b), Konfliktprävention in Unterkünften – Selbstverantwortung geflüchteter Menschen stärken, BICC Policy Brief 3/2017, Bonn.

Crawley, Helen (2001), Refugees and Gender-Law, Bristol.

Cremer, Hendrick (2014), Menschenrechtliche Verpflichtungen bei der Unterbringung von Flüchtlingen, Policy Paper Nr. 26, Deutsches Institut für Menschenrechte, Berlin.

Deutsch, Morton (1973), The Resolution of Conflict. New Haven.

DESTATIS (2016): Tabelle: Asylbewerberleistungen - Empfängerinnen und Empfänger von Regelleistungen nach Bundesländern und Art der Unterbringung am 31.12.2015, https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Soziales/Sozialleistungen/Asylbewerberleistungen/Tabellen/6_Empf_BL_insgArtUnterbgr.html, 02.02.2017.

Drilling, Matthias/Schnur, Olaf (Hrsg.) (2012), Nachhaltige Quartiersentwicklung. Positionen, Praxisbeispiele und Perspektiven, Wiesbaden.

Duss-von Werdt, Joseph (2003), Freiheit-Gleichheit-Andersheit. Als Mediator demokratisch weiterdenken. Von Schwierigkeiten über Demokratie zu reden, in: Metha, Gerda/Rückert, Klaus (Hrsg.): Mediation und Demokratie. Neue Wege des Konfliktmanagements in größeren Systemen, Heidelberg.

Dymarz, Maike/ Hanhörster, Heike/Hans,Nils/Wallraff,Mona/Zimmer-Hegmann, Ralf (2016), Gelingende Integration im Quartier. Gutachten. ILS – Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung, Dortmund.

Engler, Marcus (2016), Humanitäre Großtat oder gescheitertes Migrationsmanagement? Die aktuelle Flüchtlingskrise in Deutschland und Europa – Trends, Herausforderungen und politische Reaktionen, Institut français des relations internationales (IFRI), Note du Cerfa n°129, Paris.

Esser, Hartmut (2001): Integration und ethnische Schichtung. Zusammenfassung einer Studie für das „Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung“, <http://library.fes.de/pdf-files/akademie/online/50366.pdf>, 20.03.2017.

Fachberatungsdienst Zuwanderung, Integration und Toleranz im Land Brandenburg (FAZIT) (Hrsg.) (2016), Gewalt in den Gemeinschaftsunterkünften für Asylsuchende im Land Brandenburg. Situationsanalyse, Potsdam.

Feldhoff, Jürgen/Kleineberg, Michael/Knopf, Bernd (1991), Flucht ins Asyl? Untersuchungen zur Fluchtmotivation, Sozialstruktur und Lebenssituation ausländischer Flüchtlinge in Bielefeld, Bielefeld.

Flüchtlingsrat NRW e. V. (2013), Flüchtlingsunterkünfte in NRW. Ergebnisse einer Fragebogenerhebung des Flüchtlingsrats NRW, Bochum.

Freistaat Sachsen (2016), Fortschreibung des Heim-TÜV: Unterbringung von Asylsuchenden: Qualität organisieren, <http://sab.landtag.sachsen.de/de/themen/unterbringung-asylsuchende/unterbringung-asylsuchen-de-6772.cshtml>, 30.07.2016.

Galtung, Johan (1996), *Peace by Peaceful Means – Peace and Conflict, Development and Civilization*. Oslo.

Gehritz, Markus/Ungerer, Martin (2017), *Jobs, Crime, and Votes: A Short-run Evaluation of the Refugee Crisis in Germany*, IZA Discussion Paper Series Nr.10494, Bonn.

Gesemann, Frank/Roth, Roland/Aumüller, Jutta (2012), *Stand der kommunalen Integrationspolitik in Deutschland*. BMVBS und Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Berlin, http://www.bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/IB/2012-05-04-kommunalstudie.pdf?__blob=publicationFile, 17.08.2016.

Gesemann, Frank/Roth, Roland (2016), *Kommunale Flüchtlings- und Integrationspolitik. Ergebnisse einer Umfrage in Städten, Landkreisen und Gemeinden*. Institut für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration, Berlin.

Gillo, Martin/Friedrich, Maria (2013), *Neuere Entwicklungen zur Flüchtlingsunterbringung: Der »Heim-TÜV« 2011 – über das Leben in sächsischen Gemeinschaftsunterkünften*. In: Barwig, Klaus/ Beichel-Benedetti, Stephan / Brinkmann, Gisbert (Hrsg.), *Hohenheimer Tage zum Ausländerrecht 2012*, Baden-Baden, 366–373.

Glasl, Friedrich (1999), *Confronting Conflict: A First-Aid Kit for Handling Conflict*, Stroud.

Goffman, Erving (1973), *Über die soziale Situation psychiatrischer Patienten und anderer Insassen*, Frankfurt a. Main.

Grünes Netz Mediation (o.J.), *Grünes Netzwerk Mediation. Vermitteln in der Flüchtlingskrise*, <https://www.gruenes-netz-mediation.de/viele-machen-mit/teilnehmer-standorte/>, 04.01.2017.

Hess, Sabine/Lebhuhn Henrik (2014), *Politiken der Bürgerschaft. Zur Forschungsdebatte um Migration, Stadt und citizenship*, <http://www.zeit-schrift-uburban.de/sys/index.php/suburban/article/view/153/248>, 18.01.2017.

Hinger, Sophie (2016), *Asylum in Germany: The Making of the "Crisis" and the role of civil society*, *Human Geography*, 9(2), 78–88.

Hinger, Sophie/ Schäfer, Philipp/ Pott, Andreas (2016), *The local production of asylum*, *Journal of Refugee Studies*, 29 (4), 440–463.

Höbel, Regina/ Kloth, Melanie/ Reimann, Bettina/ Schuleri-Hartje, Ulla-Kristina (2006), *Stadtträumliche Integrationspolitik. Umsetzung der Empfehlungen des Projekts „Zuwanderer in der Stadt“*, <https://www.schader-stiftung.de/service/publikationen/publikation/stadtraeumliche-integrationspolitik/>, 15.01.2017.

Hofmann, Rebecca/Scherr, Albert (2017): *Verwahrung in Aufnahmelagern oder Willkommenskultur? Eine Fallstudie zur Erstaufnahme von Geflüchteten (unveröffentlicht)*.

Janke, Carsten (2016), *Wann können Flüchtlingskinder zur Schule gehen?* <https://mediendienst-integration.de/artikel/bildungspolitik-zur-umsetzung-der-schulpflicht-fuer-fluechtlinge.html>, 07.01.2017.

Johansson, Susanne (2016), Was wir über Flüchtlinge (nicht) wissen. Der wissenschaftliche Erkenntnisstand zur Lebenssituation von Flüchtlingen in Deutschland. Eine Expertise im Auftrag der Robert Bosch Stiftung und des SVR-Forschungsbereichs, Berlin.

Johansson, Susanne/Schiefer, David (2016): Die Lebenssituation von Flüchtlingen in Deutschland - Überblick über ein (bisheriges) Randgebiet der Migrationsforschung, in: Scherr, Albert/Yüksul, Gökçen (Hrsg.): Flucht, Sozialstaat und Soziale Arbeit. Neue Praxis. Zeitschrift für Sozialarbeit, Sozialpädagogik und Sozialpolitik, Sonderheft 13, Lahnstein, 73–86.

Karakayali, Serhat (2016), Willkommensgesellschaft stärken. Handlungsempfehlungen zur Unterstützung ehrenamtlicher Flüchtlingsarbeit, Böll Brief # 2 Teilhabegesellschaft 2/2016, Berlin.

Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGST), Best practise Beispiele für kommunales Flüchtlingsmanagement, <https://www.kgst.de/produkteUndLeistungen/fluechtlingsmanagement/Fluechtlinge-Uebersicht-guter-Beispiele-aus-Kommunen.dot>, 25.09.2016.

Kissling, Markus/Gruenheid, Peter (2003), Was hat Glück mit Integration zu tun?. Sozial extra, 27 (2003), 1, 26–30.

Klammer, Gerda/Geißler, Peter (Hrsg.) (1999), Mediation. Einblicke in Theorie und Praxis professioneller Konfliktregelung. Wien.

Klebert, Karin/Schrader, Einhard/Straub, Walter (2002), Moderationsmethode. Das Standardwerk, Hamburg.

Klein, Markus (2016), Welche Probleme und Potentiale ergeben sich im Zusammenhang mit der Aufnahme von Flüchtlingen? Steuerung von kommunalen Diskursen, in: Wilking, Dirk/Kohlstruck, Michael (Hrsg.), Einblicke V. Ein Werkstattbuch. Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung, Postdam.

Korkor, Nadira/Berndt, Hagen/Lustig, Sylvia (2016), Kommunale Konfliktberatung zur Integration von Flüchtlingen, in: Spektrum der Mediation, Heft 62.

Landtag NRW (2016), Gesetz zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe und Integration in NRW. www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument?Id=MMV16%2F4608|1|0, 12.01.2017.

Langenbach, Sandra (2015), Ängste abbauen, friedliches Zusammenleben gestalten. Sondierungsbericht und Projektkonzept zur gewaltfreien Konfliktbearbeitung in Unterkünften für Geflüchtete und ihren Nachbarschaften. Projektträger Eirene, Neuwied.

Lanz, Stephan (2016), Politik zwischen Polizei und Post-Politik: Überlegungen zu ‚urbanen Pionieren‘ einer politisierten Stadt am Beispiel von Berlin, in: Behrens, Melanie et. al. (Hrsg.): Inclusive City. Überlegungen zum gegenwärtigen Verhältnis von Mobilität und Diversität in der Stadtgesellschaft, Baden Baden, 43–62.

Lemmer, Gunnar/Wagner, Ulrich (2015), Can we really reduce ethnic prejudice outside the lab? A meta-analysis of direct and indirect contact interventions, European Journal of Social Psychology, Eur. J. Soc. Psychol. 45, 152–168.

- Liebert, Tobias (2008), Berufsfeld Kommunen/kommunale PR, in: Fröhlich, Romy/ Szyszka, Peter/ Bentele, Günter (Hrsg.), Handbuch der Public Relations. Wissenschaftliche Grundlagen und berufliches Handeln. Wiesbaden 2008, 482–485.
- Märtin, René (2009), Strategische Öffentlichkeitsarbeit für die Kommunalpolitik. FES (Hrsg.) Texte der kommunalen Akademie, Band 5, Bonn.
- Mohn, Liesmarie (2015), Einstellung gegenüber Asylsuchenden in der Nachbarschaft, Diplomarbeit an der Universität Marburg.
- Müller, Andreas (2013), Die Organisation der Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern in Deutschland, Working Paper der Forschungsgruppe des Bundesamtes, 55, Nürnberg.
- Muy, Sebastian (2016): Interessenkonflikte Sozialer Arbeit in Sammelunterkünften gewerblicher Träger - Ergebnisse einer Fallstudie, in: Scherr, Albert/ Yüksul, Gökçen (Hrsg.): Neue Praxis. Zeitschrift für Sozialarbeit, Sozialpädagogik und Sozialpolitik. Flucht, Sozialstaat und Soziale Arbeit, Sonderheft 13, Lahnstein, 157–167.
- Papadopoulos, Dimitris/Tsianos, Vasilis (2013), After Citizenship: Autonomy of Migration, Organisational Ontology and Mobile Commons, in: Citizenship Studies, (17)2, 178–196.
- Pfenning, Uwe/Beninghaus, Christina (2008), Partizipativer Wandel - methodischer Wandel: Neue und klassische Formen der Bürgerbeteiligung im Vergleich, in: Angelika Vetter (Hrsg.), Erfolgsbedingungen lokaler Bürgerbeteiligung ,Wiesbaden, 195–216.
- Plankl, Reiner et al. (2016), Indikatoren und Karten zur Darstellung von Potenzialen bei der Aufnahme und Integration von Flüchtlingen auf Landkreisebene, Thünen Working Paper 59, Braunschweig.
- Rojzman, Charles (2008), Thérapie sociale, ein systemorientierter Ansatz zur Konfliktbearbeitung In: Arbeitsgemeinschaft Ziviler Friedensdienst in Deutschland (Hrsg.), Konflikttransformation. Chance für eine ganzheitliche Integrationsarbeit. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Bonn, 40–45.
- Schammann, Hannes/Kühn, Boris (2016), Kommunale Flüchtlingspolitik in Deutschland, Bonn.
- Scherr, Albert (2017): Die Abschwächung moralischer Empörung. Eine Analyse politischer Reaktionen auf zivilgesellschaftliche Proteste gegen Gesetzesverschärfung und Abschiebung, in: Z-Flucht. Zeitschrift für Flüchtlingsforschung. Forumsbeitrag, Baden Baden.
- Sinner von, Alex/ Zirkler, Michael (Hrsg.) (2005), Hinter den Kulissen der Mediation. Kontexte, Perspektiven und Praxis der Konfliktbearbeitung, Bern.
- Stiftung SPI (2014) ,»Warum ausgerechnet hier?!« Community Communication: Dialogische Konfliktbearbeitung im Gemeinwesen, Berlin.
- Sufryd, Philipe (2009), Integration in Quakenbrück: Vorschlag eines Handlungskonzepts, Idstein.

Täubig, Vicki (2003), Das Asylbewerberheim als totale Institution. Das Leben in einer Gemeinschaftsunterkunft aus sozialräumlicher Perspektive, Dresden.

Täubig, Vicki (2009), Totale Institution Asyl. Empirische Befunde zu alltäglichen Lebensführungen in der organisierten Desintegration, Weinheim/München.

Wendel, Kay (2014), Unterbringung von Flüchtlingen in Deutschland. Regelungen und Praxis der Bundesländer im Vergleich, Frankfurt am Main.

Glossar

Bürgerbeteiligung in der Demokratie

Bürgerbeteiligungsverfahren gehören zum demokratischen Alltag. Die darin zentralen Methoden der Bürgerkommunikation, Moderation und Mediation basieren auf demokratischen Grundideen und -regeln, nach denen die Beteiligten sich selbst vertreten, ihre Interessen offen legen und im Falle von Konflikten nach einer einvernehmlichen Lösung suchen (Duss-von Werdt 2003: 30; Buono/Poli/Tietze 2002: 21f).

Bürgerkommunikation oder kommunale Öffentlichkeitsarbeit

Als Bürgerkommunikation oder kommunale Öffentlichkeitsarbeit werden alle (Kommunikations-)Maßnahmen bezeichnet, die den Austausch zwischen der Gemeinde und ihren Dialoggruppen fördern (Liebert 2008: S. 617; Burgi 2008: S. 295f). Die zentrale Bedeutung kommunaler Öffentlichkeitsarbeit besteht darin, klare Standpunkte zu vertreten, Orientierung zu schaffen, Kommunikationsprozesse zu steuern, Informationstransfer und Dialog herzustellen, Interessen zu vertreten, Vertrauen herzustellen und auf das lokale demokratische Kräftespiel einzuwirken (Märtinger 2009: 13).

Moderation

Moderation als Methode demokratischer Teilhabe ist Teil städtischer und kommunalpolitischer Prozesse. Moderation als Form der Bürgerbeteiligung kann sowohl in punktuellen Verfahren, wie Bürgerkonferenzen oder Bürgerversammlungen, als auch in Verfahren kontinuierlicher Partizipation, wie Bürgergutachten, Planungszellen oder Bürgerpanels eingesetzt werden (Pfenning/Beninghaus 2008: 3ff; Birzer 2015: 14). Moderation hat eine positive Ausrichtung gegenüber Konflikten und versteht die Einbeziehung auch gegensätzlicher Interessen als konstruktiven Arbeits- und Entwicklungsprozess (Birzer 2015: 13f; Klebert/Schrader/Straub 2002: 8).

Mediation und Quartiersmanagement

Mediation als Form der Konfliktbearbeitung in Städten und Kommunen wurde in Europa im Kontext von Bürgerbeteiligungsverfahren prominent. Während der Begriff zunächst ausschließlich für ein Verfahren verwendet wurde, in dem die Konfliktparteien unter Hilfe einer dritten, vermittelnden Partei zu einer Übereinkunft kommen, wird er heute weitaus breiter für Verfahren des Konfliktmanagements und Quartiersmanagements verwendet (Buono/Poli/Tietze 2002: 39; Klammer/Geißler 1999: 9). Prinzipien der Mediation sind die freiwillige Teilnahme der Konfliktparteien, die Allparteilichkeit des/der Mediator_in, die Ergebnisoffenheit des Verfahrens sowie Transparenz von Informationen und Prozessen innerhalb des Verfahrens (Sinner 2005: 42ff; Klammer/Geißler 1999: 9).

Im Quartiersmanagement geht es zum einen um den gleichberechtigten Zugang aller Bürger eines Stadtteils zu soziale Einrichtungen. Zum anderen geht es um einen gewaltfreien und gemeinschaftlichen Alltag im Stadtviertel. Projekte des Quartiersmanagement sind meist pädagogisch ausgerichtet und setzen Probleme wie Gewalt, Rassismus und Kriminalität in den lokalen sozialen Kontext (Kissling/Gruenheid 2003: 26f).

Sozialer Konflikt

Soziale Konflikte werden in diesem Bericht insbesondere hinsichtlich der Form der Konfliktaustragung, des Konfliktgegenstand und des Ziels beleuchtet. Soziale Konflikte können definiert werden als Interaktion zwischen mindestens zwei Akteuren (Individuen, Gruppen, Staaten), wobei mindestens ein Akteur Differenzen mit einem oder mehreren anderen Akteur(en) in der Wahrnehmung, im Denken, im Wollen und/oder im Fühlen verspürt. Durch diese Differenzen entsteht bei dem entsprechenden Akteur der Eindruck, er könne seine eigenen Vorstellungen nicht uneingeschränkt umsetzen (Glasl 1999: 12). Konflikte können von individuellem und gesellschaftlichem Nutzen sein (Deutsch 1973: 8.) Eine Grundfrage der Konflikttheorie ist daher, wie man verhindern kann, dass Konflikte destruktiv ausgetragen werden. Konflikte entstehen zwischen zwei oder mehreren Individuen, die gegensätzliche Interessen und Bedürfnisse haben und daher unvereinbare Ziele verfolgen (Galtung 1996: 71f). Dabei sind strukturelle Faktoren und individuelle Einstellungen und Verhaltensweisen miteinander verknüpft.

Flüchtlinge/Geflüchtete

Der Begriff Flüchtlinge/Geflüchtete beschreibt in dieser Studie alle Personen, die Asyl suchen, Flüchtlinge nach der Genfer Flüchtlingskonvention sind oder mit Duldung oder Abschiebeschutz in Deutschland leben. Da im Fokus der Studie die Unterbringung von Geflüchteten steht, geht es also vor allem um offiziell registrierte schutzsuchende Menschen.

Integration

Integration wird in diesem Bericht im Sinne einer umfassenden Integration mit folgenden vier Dimensionen verstanden:

- kulturelle Integration im Sinne des Erwerbs von Wissen und Fähigkeiten einschließlich der Sprache
- strukturelle Integration, insbesondere in den Bereichen Bildung und Arbeit
- soziale Integration im Sinne sozialer Alltagsbeziehungen
- emotionale Integration im Sinne eines persönlichen Zugehörigkeitsgefühls zur Gesellschaft (Esser 2001: 1).

Abkürzungsverzeichnis

AFZ	Anne-Frank-Zentrum
AWO	Arbeiterwohlfahrt
BAG K+R	Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus
BAMF	Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
BICC	Bonn International Center for Conversion
BMBF	Bundesministerium für Bildung und Forschung
BMJV	Bundesministerium für Justiz und Verbraucherschutz
BMVBS	Bundesministerium für Verkehr und Digitale Infrastruktur
DESI	Institut für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration
DESTATIS	Statistisches Bundesamt
efms	Europäisches Forum für Migrationsstudien
FaZiT	Fachberatungsdienst Zuwanderung, Integration und Toleranz im Land Brandenburg
FES	Friedrich-Ebert-Stiftung
ForumZFD	Forum Zentraler Friedensdienst
IMIS	Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien
KGST	Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement
LGBT	Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender
MBT	Mobiles Beratungsteam Ostkreuz für Demokratieentwicklung
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
NRO	Nicht-Regierungs-Organisationen
ÖPNV	Öffentlicher Personennahverkehr
POLIS	Bezirkliche Koordinierungsstelle Demokratieentwicklung am Ort der Vielfalt Marzahn-Hellersdorf
PRIO	Peace Research Institute Oslo
SPI	Sozialpädagogisches Institut Gütersloh

Flucht: Forschung und Transfer. Flüchtlingsforschung in der Bundesrepublik Deutschland

Das Forschungsprojekt

Seit dem Beginn des Anstiegs der Zahl der Asylsuchenden in der Bundesrepublik 2011 ist die Nachfrage nach wissenschaftlicher Expertise in Politik, Administration, Praxis, Medien und Öffentlichkeit kontinuierlich gestiegen. In diesem Kontext ist die fehlende Vernetzung und Bündelung der Forschung zu Fragen von Gewaltmigration, Flüchtlingspolitik und (Re-)Integration von Flüchtlingen ebenso sichtbar geworden wie der geringe Grad an Aufbereitung wissenschaftlicher Herangehensweisen und Einsichten sowie der mangelnde Transfer der vorliegenden wissenschaftlichen Erkenntnisse in die politischen und öffentlichen Debatten. Vor diesem Hintergrund verfolgt das Forschungsprojekt drei Ziele:

1. die Bestandsaufnahme und Vernetzung der Forschungslandschaft,
2. die Bündelung der Wissensbestände und
3. den Transfer in Politik, Administration, Zivilgesellschaft, Medien und Öffentlichkeit.

Hierzu ist eine umfassende Datenbank zu relevanten Forschungsprojekten erstellt und mit einer interaktiven Forschungslandkarte zugänglich gemacht worden. Zudem werden in zehn Themenbereichen, von Fluchtursachen über Gewalterfahrungen und (Im)mobilität bis zur (Re-)integration von Flüchtlingen, der Forschungsstand aufbereitet und Handlungsempfehlungen entwickelt. Workshops und Tagungen mit Wissenschaftlern sowie mit Vertretern aus Politik, Praxis und Medien dienen der Vernetzung und dem Transfer der Forschungsergebnisse. Das Vorhaben führt also das verfügbare Wissen zusammen und bietet weiterführende Perspektiven der Erörterung und Aufklärung des wissenschaftlichen Problems Flucht. Darüber hinaus bereitet es wissenschaftliche Kompetenzen und Kenntnisse für die politische, mediale und öffentliche Debatte auf.

Kontakt

Flucht: Forschung und Transfer
J. Olaf Kleist

IMIS / Universität Osnabrück
Neuer Graben 19/21
D – 49069 Osnabrück

Tel. +49 541 969 4426
fft-imis@uni-osnabrueck.de



www.flucht-forschung-transfer.de



GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung